

# Journal

für Konflikt- und Gewaltforschung  
Journal of Conflict and Violence Research

Band 7 · Heft 2 · 2005 · S. 105-140

Beate Küpper  
Andreas Zick  
Alexandra Kühn

Sozialer Protest zwischen Deprivation und Populismus. Eine Untersuchung zu den Hartz IV-Demonstrationen

*Social Protest Between Deprivation and Populism. A Study of the Demonstrations Against the „Hartz IV“ Unemployment Act*

## Abstract

In autumn 2004 massive protests against reforms of the unemployment benefit — known as the „Hartz IV reform“ — rose overall in Germany. Shortly afterwards, right-wing-extremist parties were substantially successful in the following federal elections. Not only politicians, but also theories of deprivation and disintegration indicate a causal relationship in presuming that unemployment leads to an affinity with right-wing political parties. We analyzed the relation of unemployment and political affinity (political orientation, negative evaluation of the established parties and voting intention) with respect to right-wing and left-wing populism. 1150 individuals, participating in demonstrations in East- and West-Germany, were interviewed with standardized questionnaires. As hypothesized, unemployment influenced political affinity.

However, it turned out that the actual state of occupation hardly had an effect. More in detail, subjective fears of unemployment by those, who are in work, and subjective fears to be directly or indirectly concerned by Hartz IV by those, who are not employed, count for political affinity with specific patterns for East and West Germans. While only some of the differences between East- and West-German participants can be explained by differences in objective and subjective deprivation, the effect of deprivation is mainly explained by the agreement with right- and especially left-wing populism. On the whole, only a small proportion of variance of political affinity can be explained by East-West origin, state of occupation and populism.

## Lizenz

Dieser Artikel wird vom Institut für interdisziplinäre Konflikt- und Gewaltforschung der Universität Bielefeld mit Genehmigung der Autorin/des Autors veröffentlicht. Er steht unter einer Creative-Commons-Attribution-No-Derivative-Works-Lizenz (CC-by-nd). Es gilt der Lizenztext unter <http://creativecommons.org/licenses/by-nd/4.0/de/legalcode>.

## **Sozialer Protest zwischen Deprivation und Populismus. Eine Untersuchung zu den Hartz IV-Demonstrationen**

### **1. Montagsdemonstrationen auf Abwegen**

Im Spätsommer 2004 protestierten für ein paar Wochen jeden Montag Tausende in ganz Deutschland gegen die geplanten Reformen des Arbeitslosengeldes, bekannt unter dem Stichwort Hartz IV. Der Protest richtete sich gegen die Zusammenlegung von Arbeitslosen- und Sozialhilfe zum Arbeitslosengeld II (Alg II). Vor allem in Ostdeutschland gingen die Menschen in Reminiszenz an die Leipziger Montagsdemonstrationen auf die Straße. Der Westen folgte zögernd und mit weitaus niedrigerer Beteiligung, doch das Motto der Demonstration „Hartz IV muß weg!“ schien Ost- und Westdeutsche zu vereinen.

Von Beginn an waren die Montagsdemonstrationen populistischen Eroberungsversuchen ausgesetzt. Organisationen ganz unterschiedlicher Couleur versuchten, Hoheit über Demonstrationsanmeldungen und Mikrophone zu erlangen, und sie für ihre Zwecke zu vereinnahmen. U. a. Gewerkschaften, attac, die PDS und die Marxistisch-Leninistische Partei riefen zu Hartz-Demonstrationen auf. Die Protestkundgebungen standen aber auch im Verdacht Populisten von Rechts Raum zu geben, sie gar in ihren Reihen zu beherbergen. Mancherorts gab es heftigen Widerstand gegen diese Vereinnahmung, und es wurde sich klar und deutlich gegen Fremdenfeindlichkeit und Rassismus ausgesprochen. An anderen Orten jedoch marschierten – sofern nicht von der Polizei getrennt – tatsächlich Rechte wie Linke gemeinsam und stimmten die gleichen Parolen an. Auch ausländerfeindliche Untertöne mischten sich darunter, wie z. B. „Ausländer nehmen die Arbeitsplätze weg“. Die Rechte schien von der Hartz IV-Stimmung zu profitieren.

Im Wechselspiel des Populismus ließ die simple Kausalannahme, daß Arbeitslosigkeit Extremismus erzeuge, nicht lange auf sich

warten. Der Bayerische Ministerpräsident Edmund Stoiber formulierte es direkt in der Welt am Sonntag (6. Februar 2005): Die Massenarbeitslosigkeit in Deutschland „ist die Hauptursache für das Wiedererstarken der NPD“. Dabei verweist er auch darauf, daß „Extremisten (...) letztlich die Perspektivlosigkeit der Menschen ausnutzen, und damit die Demokratie in unserem Land gefährden“, nicht ohne dabei die „Regierung Schröder“ als Verantwortliche zu benennen. Diese Vereinfachung, gekoppelt an Schuldzuweisung, erscheint allerdings selbst schon wieder Populismusverdächtig.

Doch auch desintegrationstheoretische Ansätze (vgl. z. B. Anhut/Heitmeyer 2000) und Theorien der Relativen Deprivation (u. a. Gurr 1970) legen nahe, daß Erfahrungen bzw. Wahrnehmungen von Deprivation rechtsextreme Tendenzen fördern (Hennig 1994), zu sozialem Protest führen können (Gurr 1970) und die Abwertung von Fremdgruppen wahrscheinlicher machen (Vanneman/Pettigrew 1972; Zick 1997). Analysen zur Gruppenbezogenen Menschenfeindlichkeit (GMF)<sup>1</sup> bestätigen, daß Personen, die ihre eigene wirtschaftliche Lage als sehr schlecht beurteilen, mehr zur Fremdenfeindlichkeit neigen als jene, die ihre Lage als sehr gut einschätzen (Heitmeyer 2005).

In der Tat lassen sich parallele Entwicklungen von desintegrativen Prozessen auf der einen, einem Anstieg des Mißtrauens in etablierte Parteien, extremer politischer Positionierung und eine vermehrte Wahl von extremen Parteien auf der anderen Seite beobachten: Eine konstant hohe bzw. seit 2001 sogar wieder ansteigende Arbeitslosenquote von über 10% in Gesamtdeutschland (Bundesanstalt für Arbeit 2004) bei gleichzeitig drastischem Zugesinn von Wählerstimmen für die Linkspartei/PDS auf 8,7% bei den jüngsten Bundestagswahlen im Herbst 2005 im Vergleich zu 4%, die die PDS bei den Wahlen 2002 gewann. Auch die NPD konnte ihren

---

<sup>1</sup> Im Rahmen des Projekts „Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit“ wird seit 2002 jährlich eine repräsentative Umfrage mit rund 3000 Befragten zur Erfassung des Ausmaßes und der Entwicklung von Vorurteilen in Deutschland durchgeführt. Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit wird hier als ein Syndrom von Feindseligkeiten und Vorurteilen gegenüber einer ganzen Reihe von schwachen Gruppen der Gesellschaft wie Ausländer, Schwarze, Juden, Moslems, Homosexuelle, Behinderte, Obdachlose, Frauen und Nicht-Etablierte verstanden, die geeint sind durch einen gemeinsamen Kern einer Ideologie der Ungleichwertigkeit (Heitmeyer 2002). Das Projekt wird gefördert durch ein Stiftungskonsortium der Volkswagen-, Freudenberg- und Möllgaardstiftung.

Stimmenanteil in allen 16 Bundesländern verbessern und kommt in 2005 auf 1,6% im gesamten Bundesgebiet; in ihrem bisherigen Erfolgsland Sachsen steigerte sie sich von 1,4% in 2002 auf 4,9% in 2005. Im gleichen Zeitraum ist von 2002 bis 2004 ein kontinuierliches und signifikantes Schrumpfen der politischen Mitte zu beobachten: Während sich 2002 noch 64,6% der Befragten des GMF-Surveys politisch „genau in der Mitte“ positionierten, sank der Anteil in 2004 auf 58,9% (eigene Analysen; Vergleich der politischen Positionierung links, eher links, genau in der Mitte, eher rechts, rechts 2002-2004  $\chi^2(8,7689) = 29.547, p < .001$ ). Weitere Analysen zum GMF-Survey verweisen darauf, daß die Angst vor Arbeitslosigkeit unter den Erwerbstätigen im selben Zeitraum kontinuierlich und signifikant gestiegen ist ( $F(2,3911) = 29.047, p < .001$ ), während ebenfalls ein drastischer Anstieg der Fremdenfeindlichkeit verzeichnet werden muß ( $F(2,7548) = 19.936, p < .001$ ). Insbesondere jene, die Angst vor Arbeitslosigkeit haben, sind der Ansicht, Ausländer sollten in ihre Heimatländer zurückgeschickt werden, wenn Arbeitsplätze knapp sind ( $F(2,4997) = 2.482, p < .001$ ; hier wurden nur Erwerbstätige berücksichtigt).

Der Schluß liegt nahe, daß diese parallel auftretenden gesellschaftlichen Entwicklungen auch ursächlich miteinander zusammenhängen, d. h. Arbeitslosigkeit bzw. die Angst vor Arbeitslosigkeit tatsächlich zu einer extremeren politischen Positionierung führt, wobei auf dem Weg dahin auch die Feindseligkeit gegenüber Fremden, die als Konkurrenz wahrgenommen werden, und die Neigung verwandten populistischen Aussagen zuzustimmen, eine Rolle spielen.

Die Demonstrationen gegen Hartz IV bieten sich an, der Frage zum Verhältnis von gesellschaftlichen Integrationskräften, Populismus und politischer Affinität genauer nachzugehen. Führt Arbeitslosigkeit bzw. die Angst vor Arbeitslosigkeit als wesentliche Indikatoren gesellschaftlicher Desintegrationsprozesse dazu, das demokratische System abzustrafen, etablierten Parteien die Stimme zu verweigern, extremen Parteien Zuspruch zu geben oder sich gar nicht mehr an Wahlen zu beteiligen? Geht dabei ein Verlust des Glaubens an die Funktionsfähigkeit des demokratischen Systems Hand in Hand mit Feindseligkeiten gegenüber schwächeren Gruppen? Und wie sehr beeinflusst die Neigung zum Populismus –

zu dem wie im Weiteren erläutert u. a. auch die Ausländerfeindlichkeit gehört – letztendlich die politische Affinität?

Grundlage unserer Untersuchung ist eine standardisierte Befragung von Teilnehmern der Hartz-IV-Demonstrationen im Spätsommer 2004. Wir untersuchen damit eine Gruppe, die in besonderem Ausmaß selbst von Arbeitslosigkeit betroffen ist, sich mit Arbeitslosen solidarisiert bzw. fürchtet, von ihr betroffen zu sein. Zum Zeitpunkt der Demonstrationen war noch wenig mehr über die Hartz IV-Gesetzgebung bekannt, als daß sie deutliche finanzielle Einbußen für viele Arbeitslose bedeuten würde. Wer konkret betroffen sein würde, wieviel finanziellen Verlust der Einzelne durch Hartz IV tatsächlich hinnehmen müßte, oder ob es auch „Gewinner“ der neuen Gesetzgebung geben würde, wurde erst langsam mit Einführung des Gesetzes zu Beginn des Jahres 2005 deutlich. So war im Herbst 2004 die Sorge vor eigener Betroffenheit unter den Arbeitslosen groß, aber auch unter jenen, die einen möglichen Arbeitsplatzverlust fürchteten. Zugleich bot sich aufgrund geringer Informiertheit viel Raum für einen emotionalisierten Protest auf der Basis von Gerüchten, Mutmaßungen und z. T. auch schlichtweg falschen Behauptungen.

Der Beitrag will prüfen, inwieweit der behauptete Zusammenhang von Arbeitslosigkeit und politischer Affinität bei den Hartz IV Demonstranten bestätigt oder widerlegt werden kann, und welche Rolle die Neigung zum Populismus dabei spielt. Angestrebt wird die differenzierte Betrachtung von objektiver und subjektiver Deprivation. Zugleich prüfen wir, ob sich in den Meinungen populistische Überzeugungssysteme zeigen, inwieweit auch die Abwertung schwacher Gruppen dazugehört und wie diese zu einer Dynamik beitragen, die nicht allein Kritik an den etablierten Parteien, sondern auch Hinwendung zu extremen, populistischen Parteien bedeuten kann.

Zunächst werden Ergebnisse aus den Analysen der Forschungsgruppe Wahlen zu den Landtagswahlen im Herbst 2004 berichtet, die auf einen Zusammenhang von Arbeitslosigkeit und extremer politischer Affinität verweisen. Dabei werden auch mögliche Unterschiede zwischen Ost- und Westdeutschen diskutiert. Anschließend wird Populismus in seinen möglichen Facetten vorgestellt und bisherige Befunde zum Zusammenhang von Arbeitslosigkeit und Popu-

lismus auf der einen, Populismus und politischer Affinität auf der anderen Seite vorgestellt.

## **2. Arbeitslos = Rechts?**

In Deutschland waren im Dezember 2004 offiziell 4.1 Millionen Menschen auf Lohnersatzleistungen angewiesen, davon 1.85 Millionen auf Arbeitslosengeld, 2.25 Millionen auf Arbeitslosenhilfe; 2.81 Millionen erhielten Sozialhilfe. Nach der Zusammenlegung von Arbeitslosenhilfe und Sozialhilfe erhielten im Januar 2005 4.09 Millionen Arbeitslosengeld II, von denen 2.43 Millionen arbeitslos gemeldet waren (Bundesagentur für Arbeit). Der Faktor Arbeit kann aus Sicht der Theorie der sozialen Desintegration (Anhut/Heitmeyer 2000) als ein harter und wesentlicher Indikator für Integration gelten. Jenen, die keine Arbeit haben, ist die Teilhabe auch in anderen Bereichen erschwert und ein wichtiger Faktor, über den Identität und Selbstwert gewonnen werden, geht verloren.

### *2.1 Deprivation und sozio-politische Einstellungen*

Die Linie von drohendem oder bereits erlebtem Arbeitsplatzverlust, die bis zur Nichtbeteiligung an demokratischen Wahlen reicht oder in der Wahl extremer Parteien mündet, scheint über die Aufkündigung demokratischer Grundprinzipien, oder gleich der Nicht-Akzeptanz des Systems – ganz nach dem Motto „Schnauze voll“ – zu verlaufen. In den Umfragen zu den Landtagswahlen im Herbst 2004 finden sich tatsächlich Hinweise auf einen Zusammenhang zwischen den Montagsdemonstrationen und dem Erstarken rechter Parteien im Saarland, in Sachsen und Brandenburg. NPD und DVU hatten hier ihren Wahlkampf ganz offensiv auf die Proteste gegen Hartz IV abgestellt (Kailitz 2005). Während es einen dramatischen Stimmenverlust für die etablierten Parteien gab, verbuchten die Rechten Gewinne. Unmittelbar nach dem Höhepunkt der Hartz-IV Proteste erreichten die Rechtsextremen 9,2% bei den Landtagswahlen in Sachsen im Herbst 2004, in sieben Gemeinden des Wahlkreises 159 Sächsische Schweiz – Weißeritzkreis war das Ergebnis für die NPD sogar zweistellig. Viel Zuspruch erhielten sie von Arbeitslosen – hier

erreichte die NPD 18% und die DVU 13% –, aber auch von Arbeitern – hier erzielt die NPD 14% und die DVU 10% der Stimmen (Forschungsgruppe Wahlen 2004). Den Wahlanalysten zufolge scheint der Protest gegen die Reformpolitik die Rechten stark gemacht zu haben, wobei nicht übersehen werden kann, daß deren Wähler auch für dezidiertes politisch-rechtes Gedankengut empfänglich sind. Die Wahlanalysen zeigen, daß die politische Affinität klar mit Fremdenfeindlichkeit verknüpft ist. Eine überwältigende Mehrheit der Anhänger rechter Parteien in Brandenburg und Sachsen sieht in Ausländern, die in Deutschland leben, eine „Überfremdungsgefahr“ (ebd.). Solche Umfrageergebnisse sprechen dafür, daß ‚denen da oben‘ gekündigt wird. Aber es werden auch ‚die da unten‘ getreten, indem schwache Gruppen für die Misere verantwortlich gemacht und zum Ziel von Feindseligkeiten werden.

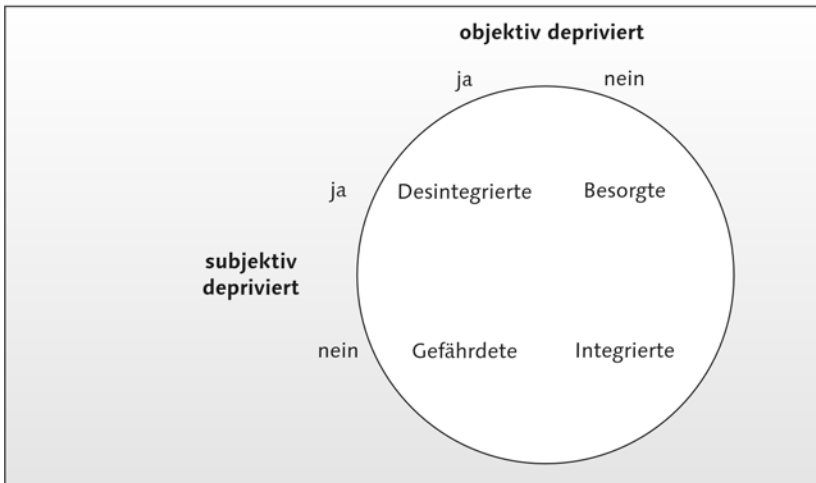
## *2.2 Objektive und subjektive Betroffenheit*

Im Vergleich zu soziologischen Desintegrationsansätzen betonen sozialpsychologische Deprivationsansätze neben objektiver Schlechterstellung insbesondere die subjektive Wahrnehmung von eigener Schlechterstellung, wobei hier der Vergleich zu anderen bzw. zur eigenen Vergangenheit mit einbezogen wird (Zick 1997). Die tatsächliche Betroffenheit der Menschen durch Arbeitslosigkeit bzw. durch finanzielle Einbußen aufgrund von Hartz IV sollte deshalb von einer „gefühlten“, d. h. einer subjektive Betroffenheit unterschieden werden, die unabhängig von der tatsächlichen Situation sein kann. Die Angst den Arbeitsplatz zu verlieren oder die vorweggenommene Befürchtung, durch Hartz IV existentielle Einbußen zu haben, gehören dazu. Wie Analysen mit dem GMF-Survey 2004 deutlich machen, hängen objektive und subjektive Deprivation (hier als Desintegration im Sinne von Anhut/Heitmeyer 2000 bezeichnet) lediglich moderat zusammen (Mansel/Heitmeyer 2005). Dies läßt darauf schließen, daß es unterschiedliche „Typen“ der Deprivation gibt, je nachdem, inwieweit echte Betroffenheit etwa durch Arbeitslosigkeit vorliegt (objektive Deprivation) und/oder subjektive Sorgen und Befürchtungen vor dem sozialen Abstieg, wie sie sich in der Angst vor Arbeitslosigkeit oder der vorweggenommenen Betroffenheit durch Hartz IV ausdrücken (subjektive Deprivation), zu beobachten



ist. In Abhängigkeit von der Ausprägung auf der subjektiven und objektiven Dimension der Deprivation lassen sich vier Gruppen unterscheiden, wie sie in Abbildung 1 dargestellt sind. Die Kreisform will kenntlich machen, daß die Übergänge zwischen den Gruppen fließend sind, weil das Ausmaß der Deprivation in beiden Dimensionen kontinuierlich variieren kann.

**Abbildung 1:** Vier Deprivationsgruppen in Abhängigkeit der subjektiven und objektiven Deprivation



Mit Bezug auf den gesellschaftlich dominanten Integrationsbereich Arbeit sind *Integrierte* z. B. Personen, die voll berufstätig sind und keine Sorge um ihren Arbeitsplatz haben. *Besorgte* nennen wir solche Personen, die zwar objektiv integriert sind (also z. B. Arbeit haben, sich in der Ausbildung befinden oder Rentner sind), sich aber auf der subjektiven Dimension depriviert fühlen, die also z. B. zwar berufstätig sind, aber um ihren Arbeitsplatz fürchten. Umgekehrt bezeichnen wir als *Gefährdete* solche Personen, die anhand objektiv faßbarer Indikatoren wie in diesem Fall der Arbeitslosigkeit depriviert sind, sich aber subjektiv nicht depriviert fühlen, also z. B. keine Sorge vor weiterem sozialen Abstieg durch Hartz VI haben. Als *Desintegrierte* bezeichnen wir eine Gruppe, die sowohl auf der objektiven als auch der subjektiven Dimension depriviert ist, also

z. B. arbeitslos ist und zudem auch subjektiv das Gefühl hat, daß ihnen die Partizipation verwehrt oder zumindest erschwert ist, wie etwa durch einen antizipierten sozialen Abstieg aufgrund von Hartz IV. Anzunehmen ist, daß an den Demonstrationen neben Desintegrierten auch Mitglieder aus anderen Deprivationsgruppen und insbesondere Bedrohte teilgenommen haben. In jedem Fall kann davon ausgegangen werden, daß diejenigen, die sich an den Protesten beteiligten, Desintegrationsprozesse in der Gesellschaft bewußt wahrnehmen, sei es, weil sie selbst akut betroffen sind, sich bedroht fühlen oder sich solidarisch mit Betroffenen zeigen.

### *2.3 Der makro-soziale Kontext Ost-West*

Neben der individuellen Deprivation ist es wahrscheinlich, daß auch der makro-soziale Kontext, der z. B. durch den Wohlstand einer Region, Arbeitsangebote, Netzwerkmöglichkeiten etc. bestimmt ist, eine Rolle spielt und die subjektive wie objektive Deprivation beeinflusst. Ein wesentlicher Kontextfaktor in Bezug auf die Deprivation im Bereich der Arbeit ist augenfällig die Differenz zwischen westdeutschen und ostdeutschen Bundesländern. Der Osten ist im Vergleich zum Westen härter von Deprivation betroffen. Dies gilt zum einen für die objektive faßbare Deprivation gemessen an der hohen Arbeitslosenquote. Sie lag im Jahresdurchschnitt 2004 bei 18%, in Sachsen-Anhalt sogar bei über 20%,<sup>2</sup> in NRW im selben Jahr bei gut 10%.

Viele Menschen im Osten haben aufgrund ihrer langjährigen Erwerbsbiographien Ansprüche auf Arbeitslosengeld in beachtlicher Höhe erworben, so daß ihnen durch Hartz IV erhebliche finanzielle Verluste drohen. Nach einer Berechnung des DGB vom Sommer 2004 werden im Osten 36% und im Westen 20% der bisherigen Empfänger von Arbeitslosenhilfe keine Leistungen mehr erhalten.<sup>3</sup> Darüber hinaus finden sich im Osten mehr Höherqualifizierte unter den Arbeitslosen, deren effektiver finanzieller Verlust entsprechend größer ist. Auch wenn heute im Osten insgesamt ebenso viele Personen erwerbstätig sind wie im Westen (Anteil der Erwerbstätigen

<sup>2</sup> Siehe Statistik der Bundesagentur für Arbeit 1/2005.

<sup>3</sup> Vgl. Einblick 16/04; <http://www.einblick.dgb.de/archiv/0416/bin/0416.pdf>, Stand 24.10.2005.

West: Männer 56%, Frauen 44%; Ost: Männer 54%, Frauen 46%<sup>4</sup>), so haben doch deutlich mehr Menschen als im Westen einen Verlust des Arbeitsplatzes erleben müssen. Auch für nicht von Arbeitslosigkeit Betroffene fällt der Vergleich der Erwerbstätigkeit zur Erfahrung von nahezu erfüllter Vollbeschäftigung zu Zeiten der DDR heute negativ aus. Hinzu kommt das weitverbreitete Gefühl im Osten „Menschen zweiter Klasse“ zu sein, was die Selbstdefinition als Schlechtergestellte und Diskriminierte auch bei den Hartz-Demonstranten fördern könnte.

Zu bedenken ist darüber hinaus die in der DDR-Tradition gewachsene hohe Arbeitsidentität. Sie dürfte in besonderem Maße dazu beitragen, daß auch diejenigen, die Arbeit haben, noch stärker als Erwerbstätige im Westen befürchten, ihren Arbeitsplatz zu verlieren. Ein möglicher Arbeitsplatzverlust bedeutet dann mehr noch als im Westen auch einen Verlust der Identität. Der GMF-Survey 2004 bestätigt, daß Menschen im Osten mehr Angst haben, ihren Arbeitsplatz zu verlieren, und daß sie insgesamt ihre Situation als prekärer und unsicherer empfinden als jene im Westen. Sie schauen pessimistischer in die Zukunft und beurteilen ihre persönliche Absicherung als schlechter, und seit 2002 ist die Schere zwischen Ost und West in dieser Hinsicht noch mehr auseinandergegangen (Heitmeyer 2005). Darüber hinaus fühlen sie sich machtloser gegenüber Politik und Gesellschaft als Westdeutsche.

Dies alles spricht dafür, daß die Menschen im Osten von den geplanten und inzwischen umgesetzten Reformen tatsächlich stärker betroffen sind als die im Westen, und aufgrund der verbreiteten Strukturschwäche zudem besondere Sorge tragen, ihren Arbeitsplatz zu verlieren. Deutlich wird auch, daß die Proteste im Osten in mehrfacher Hinsicht auch ein Ausdruck relativer Deprivation sein können, unabhängig von der eigenen tatsächlichen Betroffenheit. Zu vermuten ist, daß das subjektive Gefühl der Deprivation im Osten höher sein dürfte als im Westen. Darüber hinaus ist eine größere Feindseligkeit gegenüber Ausländern im Osten vielfach dokumentiert (u. a. Heitmeyer 2005). Zu erwarten wäre also nicht nur ein höheres Ausmaß an Deprivation, sondern auch eine stärkere Zustimmung zu populistischen Aussagen. Geprüft werden soll, inwieweit Unterschiede in der politischen Affinität zwischen Ost und

---

<sup>4</sup> Datenreport 2004, Ergebnisse des Mikrozensus April 2002.

West durch ein unterschiedliches Ausmaß an Deprivation und Populismusneigung erklärbar sind.

### 3. Populismus – Definition und Facetten

Häussler definiert Rechtspopulismus als „die volkstümlich und rebellisch-autoritäre Verkündung extremer rechter Theoreme auf der Basis emotionalisierter Agitation“ (2003, 25). Unabhängig von seiner Ausrichtung nimmt der Begriff des Populismus Bezug auf „propagandistische Simplifizierungen in Anlehnung an ‚des Volkes Stimme‘“ (ebd.). Populismus kann dabei auf der einen Seite als stimmungsmachende und vereinfachende Argumentationsform politischer Agitatoren beschrieben werden, auf der anderen Seite als ein in der Bevölkerung mehr oder minder verbreitetes populistisches Überzeugungssystem. Populistische Statements binden die hier vertretenen anti-demokratischen und anti-egalitären Einstellungen in eine umfassendere, emotionalisierende und nicht-sachgerechte Mobilisierungsstrategie ein (Birsl/Lösche 2001). Hartleb (2005) trennt die inhaltliche Dimension von einer technischen (d. h. auf den Stil bezogenen), personellen und medialen Dimension. Er hebt für die inhaltliche Dimension hervor, daß Populismus als „eine Art ‚Bewegungstypus‘ Anti-Positionen einnimmt und sich auf bestimmte, mobilisierungsfähige (Protest-)Themen fixiert“ (ebd., 15), wobei reale oder imaginäre Mißstände, Krisenerscheinungen objektiver oder subjektiver Natur die maßgeblichen Anknüpfungspunkte seien.<sup>5</sup> Im Fokus des vorliegenden Beitrages steht der Populismus als Überzeugungssystem.

Die Forschung hat sich bislang vor allem auf den Rechtspopulismus konzentriert, so daß hier dezidiert z. T. übereinstimmende, aber auch abweichende Elemente herausgearbeitet wurden. Das SIREN-Projekt hat in einer umfangreichen qualitativen (Hentges et al 2003) und quantitativen Studie (de Weerdts u. a. 2004) in acht europäischen Ländern den Zusammenhang von sozio-ökonomischen Bedingungen und Rechtspopulismus untersucht. Hier werden vier zentrale Dimensionen eines rechtspopulistisches Überzeugungssystems identifiziert: Fremdgruppenabwertung, Eigengruppenauf-

<sup>5</sup> Zur Übersicht über Populismusdefinitionen und Debatten um den Populismus siehe Werz 2003.

wertung, Autoritarismus und Zurückweisung der Institutionen einer repräsentativen Demokratie. Decker (2000) erkennt im Wählerpotenzial rechtsextremer Parteien eine positive Reaktion auf Themen wie verstärkte Verbrechenstrafung, Durchsetzung von Recht und Ordnung gegenüber Außenseitern, den Vorwurf einer Belastung des sozialen Netzes durch Ausländer und die Forderung nach einer Verringerung der Anzahl von Ausländern. Schaefer, Mansel und Heitmeyer (2002) fassen als Indizien für ein rechtspopulistisches Potenzial die Zustimmung zu (aggressivem) Autoritarismus („Law and Order“-Forderungen) sowie fremdenfeindliche Einstellungen („Die in Deutschland lebenden Ausländer sind eine Belastung für das soziale Netz.“) und darüber hinaus eine Facette des Antisemitismus, die Juden Vorteilsnahme aus der Vergangenheit des Dritten Reichs unterstellt.

Ein rechtspopulistisches Überzeugungssystem muß keineswegs auf die politische „Rechte“ beschränkt sein. Im Jahr 2002 fallen fast ein Fünftel der Befragten des repräsentativen GMF-Surveys durch ihre Zustimmung zu rechtspopulistischen Aussagen auf. Von diesen würde sich eine überwiegende Mehrzahl selbst politisch genau in der Mitte des politischen Spektrums verorten: Sie gaben zur Hälfte an, im Fall einer Bundestagswahl CDU/CSU, zu einem weiteren Viertel SPD zu wählen (Schaefer/Mansel/Heitmeyer 2002). In 2005 hat sich im repräsentativen Bevölkerungsquerschnitt der Anteil derer, die rechtspopulistischen Aussagen zustimmen, auf 26% erhöht (Küpper/Zick 2005).

Rechtspopulismus kann also in eine Affinität für rechte Parteien münden, dies muß aber nicht so sein. Decker (2005) sieht zunehmend auch auf der linken Seite des Spektrums die „Tendenz einer populistischen Transformation“. Die eingangs angeführte Begriffsdefinition scheint weitgehend auch für Linkspopulismus passend. Zudem gibt es inhaltlich neben trennenden Elementen auch Gemeinsamkeiten. So werden Feindseligkeiten gegen Schwächere („Ausländer raus“, „Sozialschmarotzer“) und die Kündigung der Bindung an demokratische Prinzipien und Gruppen („Schnauze voll“) als Kernelemente populistischer Einstellungen diskutiert (Decker 2005), die nicht nur für Populismus von Rechts kennzeichnend sind, sondern durchaus auch im Populismus von Links zu beobachten sind. Häussler erkennt Nationalismus, Rassismus, Sozialneid und Autoritarismus als zentrale Bausteine des Rechtspopulismus, „ge-

paart mit einer volkstümlich inszenierenden Protestbewegung gegen das „Establishment“ (2003, 25). Die beiden Elemente Sozialneid und Autoritarismus scheinen auch für Populismus von Links charakteristisch zu sein, ebenso wie die Inszenierung eines volkstümlichen Protestes gegen die etablierten Parteien.

Doch während der Rechtspopulismus primär auf Abwertung anderer und nationale Identität setzt (vgl. hierzu auch Dörre 2003), klagt der Linkspopulismus in erster Linie Aufwertung und Gleichheit ein, jedoch in ebenso populistischer Manier. Er ist geprägt durch Anti-Kapitalismus, ein sozialistisches Gesellschaftsverständnis und Klassenkampffideologie. Inzwischen haben aber nun auch rechtspopulistische Vertreter das Thema des Sozialprotektionismus für sich entdeckt haben, welches sich gut mit den Kernthemen „nationale Zusammengehörigkeit“ und „Bedrohtheitsgefühle durch Migranten“ verknüpfen läßt. Seitdem hat sich das Klientel zunehmend „proletarisiert“ (Decker 2005). Indem sich nun auch Bevölkerungsteile, die klassischerweise eher linke Parteien wählten, durch rechtspopulistische Propaganda angesprochen fühlen, und sich Vertreter der neuen Linkspartei aus dem Angebot rechtspopulistischer Propaganda bedienen (Stichwort „Fremdarbeiter“), bleibt erstens die Frage, inwieweit Populismus von Rechts und von Links überhaupt noch auseinanderzuhalten sind, und zweitens, zu welcher Wahlentscheidung dies letztlich führt. Unabhängig von ihrer spezifischen Ideologie könnten Rechts- und Linkspopulismus ähnliche Wirkung entfalten, wenn beide Facetten solche Probleme wie desintegrative Soziallagen aufnehmen, dramatisierend interpretieren und einfache Lösungen anbieten, die sich gegen vermeintlich unfähige politische Eliten richten und Anerkennung und Identität stiften.

Im Folgenden gehen wir der Frage nach, inwieweit sich ein Rechts- und ein Linkspopulismus inhaltlich voneinander trennen lassen, und welche Rolle beide für den vermuteten Zusammenhang von Deprivation auf der einen, der politischen Affinität auf der anderen Seite spielen. Wir nehmen an, daß objektive wie subjektive Deprivation die Neigung zum Populismus – rechter wie linker Ausprägung – erhöht. Hinweise darauf haben sich bereits im GMF-Survey 2005 gezeigt: Wer ein geringes Einkommen hat bzw. sich sozial bedroht, politisch machtlos, im persönlichen Umfeld emotional ausgeschlossen und insgesamt orientierungslos fühlt, stimmt rechtspopulistischen Aussagen eher zu. Die höchste Zustimmung zeichnet

sich bei jenen ab, die gleichermaßen objektiv wie subjektiv betroffen sind (Küpper/Zick 2005).

#### **4. Die Umfrage unter den Hartz-Demonstranten**

Wir haben in Kooperation mit der Arbeitsgruppe Politische Öffentlichkeit und Mobilisierung (Prof. Dieter Rucht) im Wissenschaftszentrum für Sozialforschung Berlin (WZB) am 13. September 2004 1.150 TeilnehmerInnen der Protestkundgebung gegen Hartz IV zeitgleich in Berlin, Leipzig, Magdeburg und Dortmund mit Hilfe eines standardisierten Instruments befragt. Am Erhebungstag fanden in ca. 150 Städten Demonstrationen statt, an denen geschätzte 60.000 Menschen teilnahmen, davon in den vier ausgesuchten Städten rund 10.700 Personen. Mit Magdeburg – hier fand Ende Juli die erste Demonstration statt – und Leipzig wurden zwei ostdeutsche Städten ausgewählt, die im Zentrum der Proteste standen. Dortmund ist eine vergleichbare westdeutsche Großstadt, was die Einwohnerzahl und Ansiedlung in einer strukturschwachen Region (Ruhrgebiet) mit hoher Arbeitslosigkeit betrifft. Berlin wurde als Hauptstadt und Ort großer Montagsdemonstration in die Studie aufgenommen.

##### *4.1 Durchführung*

Interviewer sprachen die Demonstranten während des Protests an und baten sie um Teilnahme an der Umfrage. Sie wandten sich dabei dem jeweils nächsten Demonstrationsteilnehmer abwechselnd zu ihrer Rechten bzw. Linken zu, um die zufällige Auswahl zu gewährleisten. Diejenigen, die Bereitschaft signalisierten, erhielten einen Fragebogen mit frankiertem Rückumschlag, der bis zum darauffolgenden Tag anonym ausgefüllt zurückgeschickt werden sollte. Die Teilnahmebereitschaft war überraschend hoch (Verweigerungsquoten: 11% in Dortmund, gefolgt von 20% in Magdeburg, 26% in Leipzig und 28% in Berlin), ebenso die Rücklaufquote mit 49%. Aufgrund der geringen Anzahl wurden in Dortmund nahezu alle Demonstranten angesprochen. Nicht befragt werden konnten der schwarze Block der Linksradiكالen in Berlin und der

rechtsradikale Block in Magdeburg. In Dortmund gab es nach Auskunft der Polizei eine kurz vorher stattfindende Kundgebung von Rechts, deren Teilnehmer/innen die Polizei gegen die Hauptdemonstration abschottete.

#### 4.2 Stichprobe – Teilnehmer/innen der Montagsdemonstrationen

(*Ost-West*) Aufgrund des Schwerpunkts der Demonstrationen und damit verbunden der Auswahl der Städte, in denen Demonstranten befragt wurden, kommen zwei Drittel der Befragten aus Ostdeutschland (62,7%). (*Geschlecht*) Ein Drittel der Demonstranten sind Frauen. (*Alter*) Insgesamt sind die TeilnehmerInnen älter als der Bevölkerungsdurchschnitt, wobei die ostdeutschen Befragten im Durchschnitt etwas älter als die Westdeutschen sind (Ostdeutsche 49 Jahre, Westdeutsche 46 Jahre;  $F(1,1091) = 7.920, p < .01$ ). (*Bildung*) Die Teilnehmer sind deutlich höher gebildet als die durchschnittliche Bevölkerung (Fach-)Hochschulabschluß: 48% der Ostdeutschen, 52% der Westdeutschen, Hauptschul/Volksschulabschluß: 9% der Ostdeutschen, 18% der Westdeutschen; nur wenige Teilnehmer haben keinen Abschluß oder sind noch in der Ausbildung). (*Beruf*) In Bezug auf ihre berufliche Stellung entsprechen die Demonstranten der Gesamtbevölkerung, wobei Beamte unterrepräsentiert sind. Knapp 43% sind arbeitslos, davon nur wenige in Umschulungsmaßnahmen. Von denen, die arbeitslos sind, erhalten 68% Arbeitslosenhilfe, 22% Arbeitslosengeld und nur 4% Sozialhilfe. Über 80% der Arbeitslosen sind mittelbar oder unmittelbar über ihre Familie von Hartz IV betroffen. Von denen, die Arbeit haben, halten 20% ihren Arbeitsplatz für sehr unsicher, weitere 39% für eher unsicher, die Teilzeitbeschäftigten mehr als die Vollbeschäftigten. Unter den Beschäftigten sind fast 50% zumindest mittelbar von Hartz betroffen (jemand aus der eigenen Familie bzw. aus Familie und Bekanntenkreis) (zur detaillierten Beschreibung der Stichprobe siehe Rucht 2004).



### 4.3 Messinstrumente

Um die Befragten nicht zu überfordern und Rückantworten zu gefährden, war nur eine sehr begrenzte Erfassung der Variablen in der Regel durch eine einfache 1-Item-Messung möglich. Soweit vorliegend, wurde auf bewährte Fragen aus Meinungsumfragen zurückgegriffen.

Das Ausmaß an Deprivation definieren wir aufgrund des Themenfeldes Arbeitslosigkeit und Hartz IV über den Faktor Arbeit. Als *Indikator für die objektive Deprivation* wurde der Arbeitsstatus (Arbeitslos, Arbeit bzw. anders beschäftigt) erfaßt. Die *subjektive Deprivation* wurde im Fall von Arbeitslosigkeit über die Einschätzung der eigenen Betroffenheit durch Hartz IV („Ist jemand in Ihrem Umfeld von Hartz IV betroffen?“ 1 = jemand in der Familie, 2 = jemand im Bekanntenkreis, 3 = jemand in Familie und Bekanntenkreis, 4 = niemand) bzw. im Fall von Beschäftigung bzw. anderem beruflichen Status über die Einschätzung der Sicherheit des eigenen Arbeitsplatzes („Falls Sie berufstätig sind: Halten Sie Ihren Arbeitsplatz für sicher oder für gefährdet?“ 1 = sehr sicher, 2 = eher sicher 3 = eher unsicher, 4 = sehr unsicher) erhoben.

Zur Erfassung von populistischen Einstellungen wurde eine Reihe von Aussagen vorgelegt, die jeweils auf einer 5-stufigen Antwortskala (1 = „stimme überhaupt nicht zu“, 5 = „stimme voll und ganz zu“) zu beurteilen waren. In Anlehnung an bisherige Studien faßten wir ein rechtspopulistisches Meinungskonglomerat über die *Demokratieunterstützung* (negativ) („Die Demokratie ist die beste Staatsform“) und *Demokratiezweifel* („Die Demokratie in Deutschland führt eher zu faulen Kompromissen als zu sachgerechten Entscheidungen.“); beides sind Indikatoren für eine Abwendung vom demokratischen System; in der Aussage zum Demokratiezweifel treten Vermutungen von Weichheit, Schwäche, Unordnung und mangelnder Aufrichtigkeit demokratischer Entscheidungen hervor. Außerdem erhoben wir die Neigung zur *autoritären Nostalgie* („Früher waren die Leute besser dran, weil man wußte, was man zu tun hatte.“), in der sich ein dumpfer, emotionaler und diffuser Konservatismus verbirgt, gepaart mit der Bereitschaft, ja sogar dem Willen nach Unterwerfung. Als linkspopulistische Indikatoren erfassen wir die *Sozialismusbejahung* („Sozialismus ist eine gute Idee, die schlecht ausgeführt wurde.“) und *anti-kapitalistische Systemzweifel*

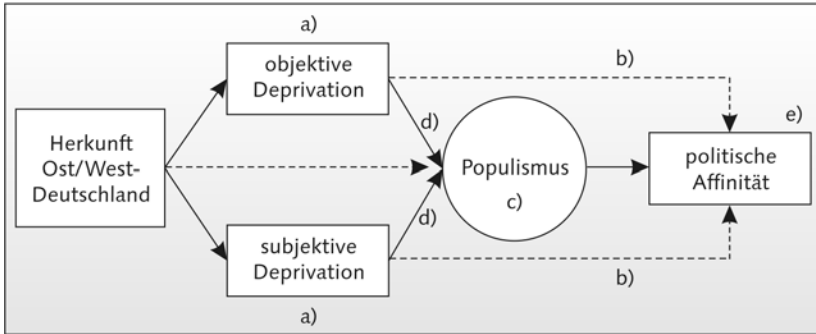
(„Letztlich entscheidet die Wirtschaft in unserem Land und nicht die Politik.“). Hierin verbirgt sich auch ein globaler Konspirationsverdacht gegen ‚die da oben‘. Als Indikatoren für Feindseligkeit gegenüber schwachen Gruppen erfaßten wir die *Ausländerfeindlichkeit* („Viele Menschen sind zu recht zornig auf ausländische Arbeitskräfte, weil sie den Deutschen die Arbeitsplätze wegnehmen.“) und die Forderung nach *Druck auf Arbeitslose* („Es ist richtig, wenn auf Arbeitslose finanzieller Druck ausgeübt wird, damit sie sich stärker um einen Arbeitsplatz bemühen“).

Als Indikatoren der parteipolitischen Affinität wurden die *politische Selbsteinschätzung* (1 = links, 2 = eher links, 3 = genau in der Mitte, 4 = eher rechts, 5 = rechts), die *Benotung der etablierten Parteien* CDU/CSU, SPD, Grüne und FDP für ihre Haltung zu Hartz IV („Welche Schulnoten würden sie den einzelnen Parteien für ihre Position zu Hartz IV geben?“) und die *Wahlintention* erfaßt über die Sonntagsfrage.

## 5. Ergebnisse

In Übereinstimmung mit unserer Fragestellung (siehe Abbildung 2) stellen wir (a) zunächst die vier Deprivationsgruppen aus objektiver und subjektiver Deprivation gegenüber und prüfen (b) ihren Einfluß auf die politische Affinität. Im Anschluß daran analysieren wir (c), inwiefern unterschiedliche Aussagen zum demokratischen System und zur Feindseligkeit gegenüber schwächeren Gruppen ein zusammenhängendes populistisches Überzeugungssystem bilden, und inwiefern (d) die Zustimmung zum Populismus von der Deprivation beeinflusst wird. Zum Schluß prüfen wir (e) die Vorhersagekraft von Arbeitslosigkeit und subjektiver Sorge einerseits und Populismus andererseits für die politische Affinität im Gesamtmodell, wobei wir auch mögliche Mediationseffekte prüfen (d. h. inwieweit der mögliche Einfluß von Deprivation auf die politische Affinität durch eine höhere Zustimmung von Deprivierten zu populistischen Aussagen erklärbar ist). Die Herkunft aus Ost- und Westdeutschland wird berücksichtigt, und es wird geprüft, inwieweit Unterschiede zwischen Ost- und Westdeutschen in der politischen Affinität durch ein unterschiedliches Ausmaß an Deprivation erklärbar sind.

**Abbildung 2:** Modell zur Fragestellung: Deprivation, Populismus und politische Affinität



a) Häufigkeiten der vier Deprivationstypen unter den Hartz IV-Demonstranten

*Objektiv depriviert* in Bezug auf Arbeit sind nach unserer Definition die Arbeitslosen, *objektiv nicht depriviert* diejenigen, die Arbeit haben, oder aber nichtberufstätig sind ohne dabei arbeitslos zu sein, also einer „arbeitsähnlichen“ Tätigkeit nachgehen (z. B. in der Ausbildung, Rentner oder Hausfrau sind, Zivil- bzw. Wehrdienst leisten). Als *subjektiv depriviert* bezeichnen wir diejenigen, die Abstiegssorgen haben. Das sind zum einen jene, die zwar Arbeit haben, ihren Arbeitsplatz aber als eher oder sehr unsicher einschätzen und zum anderen diejenigen, die arbeitslos oder anderweitig nicht berufstätig sind und sich unmittelbar oder mittelbar über ihre Familie von Hartz IV betroffen fühlen. *Subjektiv nicht depriviert* sind Personen, die ihren Arbeitsplatz als sicher einschätzen bzw. die sich nicht unmittelbar von Hartz IV betroffen fühlen. In der vorliegenden Stichprobe müssen 36,9% als desintegriert bezeichnet werden, sind also subjektiv wie objektiv von Deprivation betroffen, weitere 34,3% sind besorgt, d.h. sie fühlen sich bedroht, sind aber anhand der objektiven Fakten nicht von Deprivation betroffen, 6,6% können als gefährdet bezeichnet werden, d. h. sie sind arbeitslos, haben aber keine Sorge von Hartz IV betroffen zu sein, 22% der untersuchten Hartz IV-Demonstranten sind integriert, d. h. in keiner Hinsicht betroffen.

Im Vergleich zum Westen fallen mehr Demonstranten aus dem Osten in die Kategorie der Desintegrierten (Ost 40,3%, West 30,1%). Im Westen ist der Prozentsatz der Integrierten höher (Ost 18,4%, West 29,8%). Fast gleich viele Personen aus Ost und West lassen sich als Besorgte (Ost 35,7%, West 31,5%) und Gefährdete (Ost 5,6%, West 8,6%) bezeichnen ( $\chi^2(3,1071) 25.243, p < .001$ ). Das Ausmaß der Deprivation in Bezug auf Arbeit spiegelt sich zudem im Bildungsabschluß. Unter den Integrierten ist die Zahl derjenigen mit (Fach-)Hochschulreife am höchsten, die übrigen drei Gruppen unterscheiden sich kaum ( $F(3,1057) = 5.013, p < .01$ ); immerhin haben auch 40% der Desintegrierten einen (Fach-)Hochschulabschluß.

### *b) Deprivation und politische Affinität*

Zur Überprüfung des Einflusses von Deprivation auf die politische Affinität wurden jeweils dreifache Varianzanalysen mit der objektiven und subjektiven Deprivation sowie der Herkunft Ost/West/Deutschland als unabhängige Variablen jeweils getrennt über die drei Indikatoren der politischen Affinität (politische Selbsteinschätzung, Benotung der etablierten Parteien und die Wahlintention) berechnet. Zur Veranschaulichung berichten wir bei einigen ausgewählten Ergebnissen ebenfalls Unterschiede zwischen den unter 2.2. beschriebenen vier Typen der Deprivation.

*(Politische Selbsteinschätzung)* Im Vergleich mit der Gesamtbevölkerung sind die TeilnehmerInnen der Montagsdemonstrationen und mehr noch die in Berlin politisch deutlich stärker links orientiert: 33,3% der Demonstranten ordnen sich politisch links ein, 36% eher links, 24% genau in der Mitte und nur 6,7% eher rechts oder rechts. Im repräsentativen GMF-Survey 2004 positionieren sich hingegen 6,8% links, 19,8% eher links, 58,9% genau in der Mitte, 10,4% eher rechts, 4,2% rechts. *(Benotung der etablierten Parteien)* Die etablierten Parteien erhalten von den befragten Demonstrationsteilnehmern insgesamt sehr schlechte Noten in Bezug auf ihre Position zu Hartz IV; über zwei Drittel der Befragten bescheinigen ein „mangelhaft“ oder „ungenügend“. *(Wahlintention)* Wenn am nächsten Sonntag Bundestagswahl wäre, geben 15% an, nicht zu wählen, 5% den Wahlzettel ungültig zu machen, fast 18% wüßten

nicht, wen sie wählen sollten, 43% würden die Linkspartei/PDS, weniger als 4% eine rechte Partei (v. a. NDP) und nur 6% eine der etablierten Parteien SPD, CDU, FDP oder Bd. 90/den Grünen wählen. Von denen, die bei der letzten Bundestagswahl 2002 eine der etablierten Parteien gewählt haben, sagen heute 39% nicht wählen gehen zu wollen oder eine rechte Partei zu wählen. Nicht- und Rechtswähler, gefolgt von denen, die noch unsicher sind, wen sie wählen wollen, benoten die etablierten Parteien am schlechtesten ( $F(2,494) = 31.523, p < .001$ ). Inwieweit wirklich nur wenige rechts orientierte Personen unter den Demonstranten waren, diese von uns nicht befragt werden konnten, oder sie sich nicht zu erkennen gegeben haben, können wir nicht genau bestimmen. Aus Wahlumfragen ist bekannt, daß sich Wähler rechter Parteien häufig nicht zu erkennen geben, solange sie sich in der Minderheit glauben und zumindest von der Dortmunder Demonstration wissen wir, daß die Polizei versucht hat, rechtsextreme Demonstranten von der Demonstration fernzuhalten, um Konflikte zu vermeiden.

Die politische Rechts-Links-Orientierung wird von der objektiven Deprivation beeinflusst, doch zeigt sich zudem eine signifikante Wechselwirkung von objektiver und subjektiver Deprivation und darüber hinaus eine marginale Wechselwirkung der objektiven Deprivation mit der Herkunft aus Ost- oder Westdeutschland, ohne daß es hier einen Haupteffekt Ost-West gibt:<sup>6</sup> Objektiv Nicht-Deprivierte sind besonders links, objektiv Deprivierte vergleichsweise weniger links eingestellt, bei den Ostdeutschen ist diese Verteilung noch extremer (siehe Abbildung 3). Zugleich zeigt sich hier, daß die subjektive Deprivation einen ganz wesentlichen Einfluß hat: Während in beiderlei Hinsicht Integrierte sich politisch am weitesten links positionieren, stufen sich Gefährdete, also Arbeitslose, die sich jedoch nicht von Hartz IV betroffen fühlen, politisch am weitesten rechts ein. Die subjektiv Deprivierten nehmen ungeachtet ihrer objektiven Desintegration eine mittlere Position ein (hier ist zu beachten, daß sich die Befragten im Durchschnitt deutlich weiter links positionieren). Arbeitslose Ostdeutsche, in geringerem Ausmaß auch arbeitslose Westdeutsche, die sich aber nicht weiter von Hartz

---

<sup>6</sup> Dreifache Varianzanalyse auf die politische Orientierung:

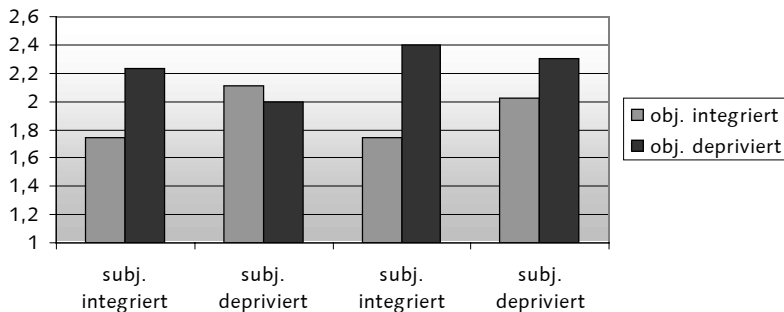
Haupteffekt objektive Deprivation:  $F(1,1035) = 18.928, p < .001$ ;

Wechselwirkung objektive x subjektive Deprivation:  $F(1,1035) = 10.633, p < .01$ ;

Wechselwirkung objektive Deprivation x Ost-West:  $F(1,1035) = 3.528, p < .1$ .

IV bedroht fühlen (d. h. also die Gefährdeten), haben mit  $m = 2,40$  den vergleichsweise höchsten Wert auf der 5-stufigen Skala (1 = links, 5 = rechts), gefolgt von jenen ostdeutschen Arbeitslosen, die zudem durch Hartz IV weitere Abstiegsorgen haben (d. h. den Desintegrierten).

**Abbildung 3:** Rechts-Links-Positionierung in Abhängigkeit von objektiver und subjektiver Deprivation bei Ost- und Westdeutschen (Mittelwerte; Skala 1 = links, 5 = rechts)



Die Benotung der etablierten Parteien hängt hingegen ausschließlich von der subjektiven, nicht aber der objektiven Deprivation ab: Diejenigen, die subjektiv bedroht oder betroffen sind, benoten die Parteien schlechter. Zudem zeigt sich ein einfacher Haupteffekt für Ost-West: Westdeutsche Demonstranten bewerten die etablierten Parteien noch schlechter als die Ostdeutschen.<sup>7</sup>

Ein ähnliches Bild ergibt sich auch bei der Sonntagsfrage: Nur 4,9% der Desintegrierten, und nur 3,9% der Besorgten haben vor, eine der etablierten Parteien zu wählen, im Vergleich zu 8,3% der Integrierten und 11,1% der Gefährdeten. D. h., über die Verweigerung, die Stimme einer der etablierten Parteien zu geben, bestimmt v. a. die subjektive Betroffenheit. Ähnliches trifft auch auf geplanten Wahl-Boycott zu, d. h. nicht zu wählen oder den Stimmzettel ungültig zu machen: Die Wahl boykottieren wollen über 20% der Bedrohten und Desintegrierten im Vergleich zu 13% der Integrierten

<sup>7</sup> Dreifache Varianzanalyse auf die Benotung der etablierten Parteien:  
Haupteffekt subjektive Deprivation: multivariates  $F(1,1051) = 16.266$ ,  $p < .001$ :  
Haupteffekt Ost-Westdeutsche:  $F(1,1051) = 8.890$ ,  $p < .01$ .

bzw. 11% der Gefährdeten. Umgekehrt scheint, wie behauptet, die Wahl einer rechten Partei v. a. durch Arbeitslosigkeit beeinflusst: Während weniger als 3% der Integrierten und Besorgten angeben, eine rechte Partei wählen zu wollen, tun dies 5,7% der Desintegrierten und 6,9% der Gefährdeten. Mit 54% haben insbesondere die Integrierten vor, die Linkspartei/PDS zu wählen, gefolgt von 45% der Bedrohten, 44% der Desintegrierten und knapp 31% der Gefährdeten. Unter letzteren sind mit Abstand die meisten, die unsicher sind, wen sie wählen sollen.

Denen, den es also objektiv nicht gut geht, was ihre Arbeitssituation betrifft, die aber subjektiv keine Angst vor weiteren Einschnitten haben, scheinen ratlos, welche Partei ihre Situation verbessern könnte. Es fällt auf, daß im Osten noch mehr Integrierte als im Westen ihre Stimme der Linkspartei/PDS geben wollen (63% der Ostdeutschen, 46% der Westdeutschen). Während es bei den Westdeutschen vor allem die Desintegrierten sind, die den etablierten Parteien ihre Stimme verweigern, sind es bei den Ostdeutschen hingegen die Integrierten und Besorgten. Aufgrund der geringen absoluten Zahl muß auf die getrennte Angabe der potentiellen Wähler rechter Parteien getrennt nach Ost- und Westdeutschen verzichtet werden; offensichtliche Unterschiede bestehen nicht.

Deutlich wird, daß in der Tat, wie in Deprivationstheorien angenommen, das Ausmaß an Deprivation einen Einfluß auf die politische Affinität hat. Dies gilt sowohl für die „weichere“ Erfassung über die politische Positionierung, als auch für die „härtere“ über die Wahlintention, und darüber hinaus für die Bewertung der etablierten Parteien hinsichtlich ihrer Haltung zu einem Thema wie Hartz IV, welches unmittelbar mit Deprivation bzw. Deprivationsängsten zusammenhängt. In der Tat führt Arbeitslosigkeit v. a. bei Ostdeutschen zu einer stärkeren Orientierung nach rechts und bei allen Befragten zu einer höheren Bereitschaft, eine rechte Partei zu wählen. Zugleich zeichnet sich jedoch ab – anders als es die einfache These von arbeitslos = rechts nahe legt –, daß weniger die objektive Lage, hier erfaßt über den harten Indikator der Arbeitslosigkeit, als vielmehr das subjektive Gefühl der Betroffenheit die politische Affinität beeinflusst, weg von der Unterstützung etablierter Parteien, hin zu extremerer Positionierung und einer Boykott-, Protest- oder Nicht-Wahl.

### c) Rechts- und linkspopulistisches Überzeugungssystem

Bilden unterschiedliche populistische Aussagen, wie angenommen, tatsächlich ein zusammenhängendes Überzeugungssystem? Wir prüften dies mit Hilfe explorativer Faktorenanalysen über die hier erfaßten Populismus-Facetten getrennt für Befragte aus Ost- und Westdeutschland. Es zeichnen sich jeweils zwei unabhängige Faktoren ab, die sich als Rechts- bzw. Linkspopulismus identifizieren lassen: Auf dem Faktor Rechtspopulismus (Varianzaufklärung 26% West, 24% Ost) laden Demokratiezweifel (negativ die Zustimmung zur Demokratie als bester Staatsform, positiv Demokratiezweifel), Autoritarismus (hier gefaßt als autoritäre Nostalgie) und Ausländerfeindlichkeit. Auf dem Faktor Linkspopulismus (Varianzaufklärung 20% West, 19% Ost) findet sich die Zustimmung zum Sozialismus, anti-kapitalistische Systemzweifel und negativ der Druck auf Arbeitslose. Diese Dimension drückt offenbar ein Gefühl von „die Starken gegen die Schwachen“ aus. Die Variablen wurden zu zwei Dimensionen „Rechtspopulismus“ und „Linkspopulismus“ zusammengefaßt; beide Dimensionen korrelieren nicht miteinander. Während Rechtspopulismus mit einer zunehmend rechten Positionierung in der politischen Selbsteinschätzung zusammenhängt (Gesamtdeutsch  $r = .32$ ), korreliert der Linkspopulismus mit einer politischen Links-Orientierung (Gesamtdeutsch  $r = -.30$ ). Dies gilt gleichermaßen für Ost- und Westdeutsche.

### d) Der Einfluß von Deprivation auf Populismus

Subjektive und objektive Deprivation, darüber hinaus marginal auch ihre Wechselwirkung, sowie die Herkunft aus Ost- oder Westdeutschland haben einen signifikanten Einfluß auf die Populismusneigung (s. Abbildung 4 und 5).<sup>8</sup> In der univariaten Analyse tritt der Einfluß der subjektiven Deprivation beim Rechtspopulismus ( $p$

---

<sup>8</sup> Dreifache multivariate Varianzanalyse über Rechts- und Linkspopulismus:  
Haupteffekt Ost-West: multivariates  $F(2,1060) = 24.246$ ,  $p < .001$ ;  
Haupteffekt subjektive Deprivation: multivariates  $F(2,1060) = 9.160$ ,  $p < .001$ ;  
Haupteffekt objektive Deprivation: multivariates  $F(2,1060) = 4.343$ ,  $p < .05$ ;  
Wechselwirkung subjektive x objektive Deprivation: multivariates  $F(2,1060) = 2.988$ ,  $p < .1$ .



< .001) wie beim Linkspopulismus ( $p < .05$ ) hervor. Subjektiv Betroffene neigen stärker sowohl zum Rechts- als auch zum Linkspopulismus. Dies gilt, wie die Tendenz der Mittelwerte offenbart, für Westdeutsche noch klarer als für Ostdeutsche.

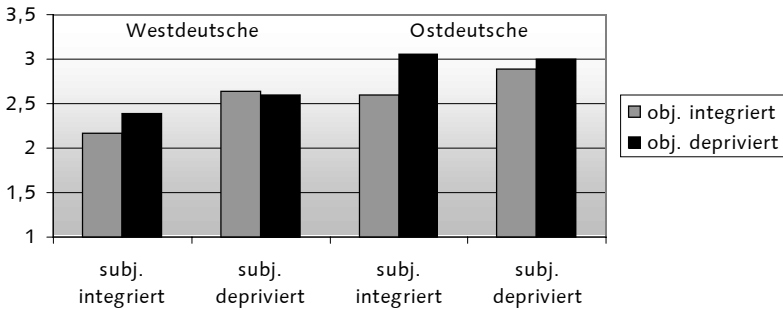
Der Einfluß der objektiven Deprivation zeigt sich univariat lediglich beim Rechtspopulismus ( $p < .01$ ), wobei sich hier auch die Wechselwirkung von objektiver und subjektiver Deprivation abzeichnet ( $p < .05$ ): Arbeitslose neigen stärker zum Rechtspopulismus, ganz gleich, ob sie sich zusätzlich auch subjektiv von Hartz IV betroffen fühlen oder nicht (dies ist insbesondere im Osten der Fall). Diejenigen, die Arbeit haben oder aus unterschiedlichen Gründen nicht berufstätig sind (ohne arbeitslos zu sein) neigen am wenigsten zum Rechtspopulismus, wenn sie sich auch subjektiv nicht bedroht fühlen (also als Integrierte gelten), jedoch fast ebenso sehr wie die Arbeitslosen, wenn sie sich subjektiv betroffen oder verunsichert fühlen (also die Besorgten).

Darüber hinaus tritt ein klarer Haupteffekt für Ost-West hervor: Im Osten ist das Niveau von Rechtspopulismus ( $p < .001$ ), aber auch von Linkspopulismus ( $p < .05$ ) insgesamt deutlich höher als im Westen, so daß im Osten subjektiv wie objektiv Integrierte das gleiche Niveau erreichen wie im Westen die objektiv und subjektiv Deprivierten. Eigene Analysen mit dem GMF-Survey 2004 bestätigen auch für einen repräsentativen Bevölkerungsquerschnitt, daß im Durchschnitt die Zustimmung zum Rechtspopulismus unter Ostdeutschen höher ist ( $F(1,2461) = 44.955, p < .001$ ).

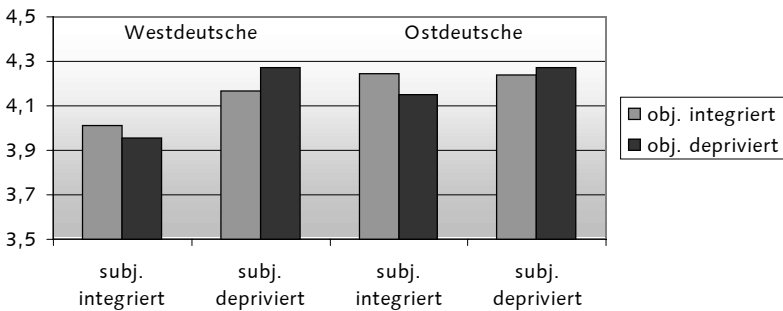
Die separate Analyse über die einzelnen Facetten des Populismus zeigt: ostdeutsche Demonstranten halten die Demokratie weniger als die Westdeutschen für die beste Staatsform (Demokratieunterstützung) und meinen, sie führe eher zu faulen Kompromissen als zu sachgerechten Entscheidungen (Demokratiezweifel). Sie halten den Sozialismus eher grundsätzlich für eine gute Idee, wenn auch schlecht ausgeführt (Sozialismusbejahung) und sind stärker der Ansicht, früher seien die Leute besser dran gewesen, weil man wußte, was man zu tun hatte (autoritäre Nostalgie). Sie äußern mehr Verständnis als Westdeutsche für Leute, die „zu recht zornig auf ausländische Arbeitskräfte“ seien, „weil sie den Deutschen die Arbeitsplätze wegnehmen“ (Ausländerfeindlichkeit) und finden auch, man solle den Druck auf Arbeitslose erhöhen, damit diese sich stärker um einen Arbeitsplatz bemühen (Druck auf Arbeitslose); le-

diglich bei den anti-kapitalistischen Systemzweifeln („die Wirtschaft entscheidet, nicht die Politik“) gibt es keine Ost-West-Unterschiede.

**Abbildung 4:** Rechtspopulismus in Abhängigkeit von objektiver und subjektiver Deprivation bei Ost- und Westdeutschen (Mittelwerte; höhere Werte stehen für eine stärkere Ausprägung)



**Abbildung 5:** Linkspopulismus in Abhängigkeit von objektiver und subjektiver Deprivation bei Ost- und Westdeutschen (Mittelwerte; höhere Werte stehen für eine stärkere Ausprägung)



*e) Vorhersage der politischen Affinität durch Deprivation und Populismus*

Liefert der Populismus einen Beitrag zur Vorhersage der politischen Affinität? Und wenn ja, mediiert der Populismus den Einfluß von

Deprivation auf die politische Affinität? Darüber hinaus wird analysiert, inwieweit sich der Einfluß der Herkunft Ost/West-Deutschland durch das unterschiedliche Ausmaß an Deprivation erklären läßt. Um dies zu prüfen, wurden Regressionsmodelle auf die Indikatoren der politischen Affinität gerechnet: In Modell 1 wurde der Faktor Ost-West als Prädiktor aufgenommen, in Modell 2 die objektive und subjektive Deprivation, sowie deren Interaktion (objektive x subjektive Deprivation), in Modell 3 werden zusätzlich Rechts- und Linkspopulismus als Prädiktoren hinzugenommen. Stimmt unsere Annahme, dann sollte der Einfluß von Ost-West durch die Deprivation und der Einfluß der Deprivation durch die Hinzunahme des Populismus kompensiert werden.

Die politische Positionierung rechts-links wird im ersten Modell nur maginal durch den Faktor Ost-West vorhergesagt. Die im zweiten Schritt hinzugenommene Deprivation kompensiert wie angenommen den ohnehin geringen Vorhersagewert. Hier sind die subjektive Deprivation, aber vor allem die Wechselwirkung von objektiver und subjektiver Deprivation signifikante Prädiktoren. Unter Hinzunahme von Rechts- und Linkspopulismus verschwindet der Einfluß der subjektiven Deprivation, der Wechselwirkungseffekt bleibt bestehen (signifikanter Anstieg von  $R^2 = .004$ , über  $R^2 = .04$  auf  $R^2 = .22$ ).<sup>9</sup>

Die Benotung der etablierten Parteien wird im ersten Modell signifikant durch den Faktor Ost-West vorhergesagt. Die Vorhersagekraft bleibt auch im zweiten Modell bei Hinzunahme der Deprivation bestehen, die selbst keinerlei Einfluß hat. Im 3. Modell trägt weiterhin Ost-West, nun auch der Linkspopulismus zur Vorhersage bei (signifikanter Anstieg von  $R^2 = .01$ , über  $R^2 = .03$  auf  $R^2 = .10$ ).<sup>10</sup>

---

<sup>9</sup> Vorhersage der politischen Orientierung rechts-links im Regressionsmodell

1. Modell beta Ost-West = .06,  $p < .1$ ;

2. Modell beta Ost-West = .04, ns., obj. Dep. = .13, ns., subj. Dep. = .25,  $p < .05$ , WW = -.48,  $p < .01$ ;

3. Modell beta Ost-West = -.00, ns., obj. Dep. = .06, ns., subj. Dep. = .15, ns., WW = -.32,  $p < .05$ , Rechtspop. = .29,  $p < .001$ , Linkspop. = -.32,  $p < .001$ .

<sup>10</sup> Vorhersage der Benotung der etablierten Parteien im Regressionsmodell

1. Modell beta Ost-West = -.09,  $p < .01$ ;

2. Modell beta Ost-West = -.11,  $p < .01$ , obj. Dep. = .06, ns., subj. Dep. = -.09, ns., WW = -.10, ns.;

Zur Analyse der Intention, sich auch bei der Wahl von den etablierten Parteien abzuwenden, stufen wir ab von 3 = potentielle Boykott/Protest-Wähler (geplante Nicht-Wahl, ungünstig machen des Wahlzettels, Wahl einer rechten Partei), 2 = diejenigen, die unsicher sind, wen sie wählen sollen, und 1 = diejenigen, die vorhaben, eine der etablierten Parteien CDU, SPD, FDP oder Bd. 90/die Grünen zu wählen. Da es hier allein um die Erfassung der Abkehr von den etablierten Parteien geht, ist eine Differenzierung der Wahl einer der etablierten Parteien nicht sinnvoll und wäre auch aufgrund der geringen absoluten Zahl potentieller Wählerstimmen für die etablierten Parteien in der vorliegenden Stichprobe nicht möglich. Potentielle Linkspartei/PDS-Wähler und die Wähler sonstiger Parteien wurden in einer gesonderten Analyse berücksichtigt, weil sich die Linkspartei/PDS sinnvoll weder als etablierte Partei noch einfach als Abkehr davon, noch rein als Protest-Wahl einstufen läßt.

Die Abkehr von der Wahl einer etablierten Partei wird im ersten Modell vom Faktor Ost-West vorhergesagt, dessen Einfluß jedoch im zweiten Modell bei Hinzunahme der Deprivation abnimmt, wobei auch die Deprivation hier keinen Einfluß hat. Im dritten Modell trägt lediglich der Linkspopulismus zu einer Vorhersage bei (signifikanter Anstieg von  $R^2 = .01$ , über  $R^2 = .05$  auf  $R^2 = .08$ ).<sup>11</sup> Die Intention, die Linkspartei/PDS zu wählen (im Vergleich zu allen anderen Wahlintentionen), wird ebenfalls im ersten Modell vom Faktor Ost-West bestimmt, dessen Einfluß Bestand hat, auch wenn im zweiten Modell zusätzlich die Deprivation berücksichtigt. Im dritten Modell tragen Rechts- aber v. a. Linkspopulismus zu einer Vorhersage bei. Signifikante Einflüsse sowohl der subjektiven und

---

3. Modell beta Ost -West = -.12,  $p < .001$ , obj. Dep. = .10, ns., subj. Dep. = -.02, ns., WW = -.18, ns.,

Rechtspop. = -.05, ns., Linkspop. = .26,  $p < .001$ .

<sup>11</sup> Vorhersage der intendierten Abkehr von der Wahl einer etablierten Parteien im Regressionsmodell

1. Modell beta Ost-West = -.12,  $p < .01$ ;

2. Modell beta Ost -West = .08,  $p < .1$ , obj. Dep. = .11, ns., subj. Dep. = -.11, ns., WW = -.12, ns.;

3. Modell beta Ost -West = .07, ns., obj. Dep. = .13, ns., subj. Dep. = -.09, ns., WW = -.12, ns.,

Rechtspop. = .05, ns., Linkspop. = .16,  $p < .001$ .

objektiven Deprivation als auch ihrer Wechselwirkung bleiben jedoch weitgehend bestehen.<sup>12</sup>

Ist die Vorhersage einer globalen Rechts-Links Orientierung durch die hier fokussierten Prädiktoren noch relativ gut möglich, gilt dies nur noch sehr eingeschränkt mit zunehmender Konkretisierung der politischen Affinität (d. h. die etablierten Parteien schlecht zu benoten und sich von den etablierten Parteien abzuwenden, nicht zu wählen oder eine rechte Partei zu wählen). Wenn, dann hat v. a. der Populismus – insbesondere der Linkspopulismus – Vorhersagekraft, der den ohnehin geringen Beitrag der Deprivation zudem wie angenommen mediiert.

## 6. Diskussion und Resümee

Desintegrative Prozesse werden in mehr oder minder differenzierter Form für Extremismusneigungen verantwortlich gemacht, die sich unter anderem in Affinitäten für populistische Ideologien oder im Wahlverhalten bemerkbar machen sollen. Wir sind der These nachgegangen, daß Deprivation zu einer stärkeren politischen Rechtsorientierung, einer Abwendung von etablierten Parteien und schließlich zur Wahl einer rechten Partei führt. Darüber hinaus wurde geprüft, welche Rolle der Populismus dabei spielt. Wenn ein Einfluß von desintegrativen Prozessen zu erwarten ist, dann insbesondere in einer Gruppe, die objektiv und subjektiv vom sozialen Abstieg betroffen oder bedroht ist. Die von uns befragten Demonstranten gegen Hartz IV sind eine solche Gruppe. Eine vergleichbare Dynamik von Deprivation, Populismus und politischer Affinität kann jedoch für die Bevölkerung insgesamt vermutet werden, wie auch die berichteten Indizien aus dem repräsentativen GMF-Survey vermuten lassen.

---

<sup>12</sup> Vorhersage der intendierten Wahl der Linkspartei/PDS im Regressionsmodell

1. Modell beta Ost-West = .12,  $p < .001$ ;

2. Modell beta Ost-West = .14,  $p < .001$ , obj. Dep. = -.21,  $p < .05$ , subj. Dep. = -.29,  $p < .05$ , WW = -.50,  $p < .01$ ;

3. Modell beta Ost-West = .14,  $p < .001$ , obj. Dep. = -.17,  $p < .1$ , subj. Dep. = -.24,  $p < .05$ , WW = .43,  $p < .05$ ,

Rechtspop. = -.08,  $p < .05$ , Linkspop. = .18,  $p < .001$ .

## 6.1 Deprivation, Populismus und politische Affinitäten

Es bestätigt sich, daß Arbeitslosigkeit einen Einfluß auf die politische Affinität hat. Allerdings gilt dies weniger für den objektiven Arbeitsstatus als Arbeitsloser oder Nicht-Arbeitsloser, sondern wenn, dann eher für die Angst, den eigenen Arbeitsplatz zu verlieren, bzw. die Sorge, von Hartz IV betroffen sein zu können bzw. für das Wechselspiel von objektiver und subjektiver Betroffenheit. Dies stimmt mit vielen Befunden der Deprivationsforschung überein. So kommen beispielsweise auch Fichter, Stöss und Zeuner (2005) in einer Untersuchung von Gewerkschaftsmitgliedern zu dem Schluß, daß weniger ein problematischer sozialer Status, sondern vor allem die subjektive Verarbeitung der daraus entstehenden Probleme die Anfälligkeit für Rechtsextremismus beeinflusst. Insgesamt ist jedoch der Erklärungswert der Deprivation für die politische Positionierung rechts-links in der vorliegenden Studie vergleichsweise gering und noch geringer jener für die Bewertung der etablierten Parteien und für die Wahlintention. Zudem zeigt sich, daß der ohnehin geringe Einfluß der Deprivation auf die von der Deprivation abhängige Zustimmung zu Rechts- und vor allem Linkspopulismus zurückzuführen ist. Rechts- und vor allem Linkspopulismus beeinflussen dabei die politische Affinität in weitaus höherem Maße als es die Deprivation tut. Rechts- und Linkspopulismus bilden in der vorliegenden Studie zwei getrennte Überzeugungssysteme; auch hier finden sich Parallelen zu den Ergebnissen von Fichter, Stöss und Zeuner (2005).

Immer spielt auch die Herkunft aus Ost- oder Westdeutschland eine Rolle. Mehr Ost- als Westdeutsche sind nach unseren Kriterien desintegriert, d. h. sind arbeitslos und befürchten weitere Einschnitte von Hartz IV, während mehr westdeutsche Demonstranten in die Kategorie der Integrierten fallen. Zudem ist unter den Ostdeutschen die Zustimmung zum Populismus höher. Die Abkehr von den etablierten Parteien ist bei Westdeutschen insbesondere eine Reaktion der Desintegrierten, bei den Ostdeutschen hingegen eine Reaktion von Integrierten und Besorgten. Die Auffälligkeit im Wahlverhalten im Osten – d. h. die deutliche Abkehr von den etablierten Parteien und die Hinwendung zur extremen Rechten und zur Linkspartei/PDS – sowie die dort höhere Zustimmung zu populistischer Propaganda scheinen in erster Linie ein Problem negativer Stim-

mungen und Befürchtungen zu sein, weniger aus objektiv schlechteren Lagen geboren.

Während sich Unterschiede zwischen Ost- und Westdeutschen in der politischen Positionierung rechts-links fast vollständig durch das unterschiedliche Ausmaß von Deprivation – und hier insbesondere der subjektiven – erklären lassen, bleiben Ost-West Unterschiede in der Bewertung der etablierten Parteien und der Unterstützung der Linkspartei/PDS auch unter Berücksichtigung der Deprivation bestehen. Hier spielen also offenbar auch andere Mentalitäts- bzw. Kulturunterschiede zwischen Ost- und Westdeutschen eine Rolle. Die deutlich unterschiedlichen Zusammenhangsmuster bei Ost- und Westdeutschen sollten Implikationen für Annahmen über den Zusammenhang von Deprivation, Populismus und politischer Affinität haben.

Unsere Ergebnisse sprechen damit insgesamt gegen die einfache These, daß Arbeitslosigkeit zu einer Enttäuschung von den etablierten Parteien und einem frustrierten Zurückziehen oder einer rechten Protestwahl beiträgt. Sie legen vielmehr die Vermutung nahe, daß die Stimmung und das Anheizen dieser Stimmung durch populistische Parolen die politischen Einstellungen beeinflussen. Die Dekonstruktion von demokratisch gewählten Regierungen und die Aberkennung der Legitimität demokratischer Prozesse sind Teil dieses Zündelns, nähren den Zweifel am demokratischen System, der sich einbinden läßt in populistische Propaganda. In unserer Untersuchung scheint immerhin fast ein Viertel der befragten Demonstranten ihre Teilnahme an einem demokratischen System mit entsprechenden Spielregeln aufzukündigen. Einschränkend ist zu betonen, daß eine kausale Folge von Deprivation, Populismus und politischer Affinität mit den hier verwendeten Querschnittsdaten nicht belegt werden kann.

Gemessen haben wir die Deprivation über den Faktor Arbeit. Damit haben wir einen Faktor geprüft, der aus desintegrationstheoretischer Sicht ganz wesentlich die Integration bzw. Desintegration mitbestimmt. Arbeitslosigkeit hat u. E. nicht nur Konsequenzen für die sozio-ökonomische Integration (s. dazu Anhut/Heitmeyer 2000), sondern auch darüber hinaus auch für die Partizipation an Entscheidungsprozessen und an Kultur, und sogar auch für die Einbindung in individuell-emotionale Unterstützungssysteme wie Freundeskreis, Familie und Kollegen. Inwieweit die hier gefundene Dynamik auch

für andere Deprivationsindikatoren, die über die Integration oder Desintegration des Einzelnen entscheiden, zutrifft, bleibt zu prüfen. Die Verbindung von Arbeitsstatus und Bildung, wie sie sich in dieser Stichprobe abzeichnet, läßt vermuten, daß ähnliche Dynamiken beispielsweise auch in Bezug auf die Bildung zu erwarten sind.

## *6.2 Deprivation als Propaganda?*

Entlang theoretischer Konzeptionen von Populismus konnten wir an unserer Stichprobe ein rechtspopulistisches Überzeugungssystem identifizieren, welches auf Abkehr von der Demokratie verbunden mit einem rückwärtsgewandten Wunsch nach Autoritäten und gleichzeitig auf die Ausgrenzung von Fremden setzt. Daneben findet sich ein Linkspopulismus, der sich v. a. gegen den Kapitalismus wendet und nach dem Muster „Starke gegen Schwache“ argumentiert.

Diese populistischen Überzeugungssysteme werden auch von jenen geteilt, die sich objektiv – gemessen an ihrem Arbeitsstatus – in keiner prekären Lage befinden. Der Populismus holt sie offenbar bei ihrer Unsicherheit, ihrem Gefühl der Bedrohtheit oder auch ihrem Eindruck, nicht das zu bekommen, was sie meinen verdient zu haben, ab. Er bietet ihnen einfache Schuldzuweisungen und Erklärungen an, die in unangenehmer Weise miteinander zusammenhängen. Erst die Übernahme rechtspopulistischer Statements führt zu einer eher rechten politischen Orientierung, die Übernahme linkspopulistischer Statements zu einer schlechten Benotung der etablierten Parteien und einer Boykott-, Protest oder extremen Wahlintention.

Einige der eingangs angeführten Begriffsdefinitionen legen jedoch ein alternatives Verständnis des Zusammenhangs nahe. Wird Sozialneid als ein Element von Populismus vorgeschlagen, so sind Populismus und subjektive Deprivation kaum mehr auseinanderzuhalten, subjektive Deprivation scheint gar ein Element des Populismus zu sein. So ist beispielsweise die Feststellung von sozialer Spaltung nicht mehr allein als Beobachtung gesellschaftlicher Prozesse zu verstehen, sondern ist selbst schon zum populistischen Schlachtruf geworden. „Die Reichen werden immer reicher, die Armen immer ärmer“ wird inzwischen als eine scheinbar feststehende Tatsache von über 90% der Bevölkerung geteilt, obgleich die tat-



sächlichen Zahlen höchst umstritten diskutiert werden und vermutlich kaum einer größeren Öffentlichkeit bekannt sein dürften (s. dazu Mansel/Heitmeyer 2005). Aussagen wie „immer mehr Menschen werden an den Rand gedrängt“ könnten als Beobachtung von Desintegration, d. h. von erschwerter Teilhabe oder sogar Ausschluß von Bevölkerungsteilen aus der Mehrheitsgesellschaft verstanden werden. Sie könnten aber auch der Demonstration des eigenen drohenden Opferwerdens dienen. Dazu gehört auch, daß einseitig auf die negative Entwicklung der Arbeitslosenquote und insbesondere die hohen Zahlen im Osten fokussiert wird, während die (annähernd gleich hohe) Erwerbstätigenquote kaum Beachtung findet. Inwieweit subjektive Deprivation als Element von Populismus gleichrangig mit den bisher vorgeschlagenen Elementen rangieren könnte, bleibt zu prüfen.

Gefühle der Deprivation müssen als Ausdruck von tiefen Sorgen und Ängsten menschlich ernst genommen werden, aber auch politisch, weil sie die Übernahme populistischer Überzeugungen wahrscheinlicher macht, die ihrerseits zu einer Abkehr von den etablierten Parteien hin zu populistischen Parteien führen können. Sie drohen aber auch selbst Teil einer vereinfachenden Propaganda zu werden, der echte und vermeintliche Ängste zu eigenen Gunsten nutzt und – im Fall des Rechtspopulismus – mit der Abwertung anderer schwacher Gruppen einhergeht.

### *6.3 Der Kampf um den sozialen Status*

Während der Populismus auf der einen Seite die Wahrnehmung von desintegrativen Lagen anheizt, bietet er auf der anderen seinerseits ein Integrationspotential ganz eigener Art. Hierbei spielen sowohl Statussicherung als auch Abwehr von eigener Verantwortung eine Rolle. In der Betonung der unverdienten Schlechterstellung, der Ausländerfeindlichkeit und der anti-kapitalistischen Systemzweifel wird das Umdeuten der Situation und die Schuldabwehr besonders deutlich. Dies gilt für rechten wie linken Populismus gleichermaßen. Von linker Seite wird versucht, die von Desintegration bedrohte oder betroffene Arbeiterschicht aufzuwerten, zum Teil durch Abgrenzung vom kapitalistischen Feind. Von Rechts wird die Auf-

wertung durch die Abwertung von Sündenböcken (v. a. Ausländern und sogenannten „Sozialschmarotzern“) angeboten.

Dörre (2003) erkennt am Beispiel von Aussagen zu „überflüssigen“ Asylbewerbern oder „Einsparmöglichkeiten bei Asylanträgen“ im Zusammenhang mit Verteilungskonflikten zwischen Arbeitgebern und -nehmern eine Abgrenzung des produktiven Kerns gegenüber einer unproduktiven Peripherie unter Verwendung einer „Innen-Außen“-Semantik. Im reaktiven Nationalismus (und u. E. auch in der hier erfaßten Ausländerfeindlichkeit und der Forderung nach Druck auf Arbeitslose), wie er im Rechtspopulismus hervortritt und als Alltagsphilosophie von vielen geteilt wird, werden nach Dörre „Verteilungskämpfe zwischen ‚Oben‘ und ‚Unten‘ in eine Auseinandersetzung zwischen Kulturen und Nationen umgedeutet“ (ebd., 113). Wir meinen, daß die Abwälzung nach ‚Unten‘ von denen, die selbst auf der sozialen Leiter unten stehen, nach ‚Außen‘ weitergegeben wird. Zugleich bedeutet dabei die Abgrenzung und Abwertung anderer, wie sie im geforderten Druck gegen Arbeitslose und in der Ausländerfeindlichkeit zum Vorschein kommt, die eigene Aufwertung.

Gestützt wird diese Vermutung durch den Befund, daß die Gefährdeten mehr als andere den Druck auf Arbeitslose unterstützen, gleichzeitig weniger anti-kapitalistische Systemzweifel äußern und weniger zu einer Bejahung des Sozialismus neigen. Sie grenzen sich also gegen jene ab, die sie als noch weiter desintegriert verstehen als sich selbst. Ein weiterer Hinweis für diese Vermutung findet sich in einer ergänzenden Befragung eines Teils der Stichprobe. Teilnehmer der Demonstration in Dortmund und Teilnehmer einer Hartz IV Kundgebung in Bielefeld (n = 155) wurden um ihre Zustimmung zu der Aussage „Viele Sozialhilfeempfänger sind selbst schuld, daß jetzt Stimmung gegen sie gemacht wird“ gebeten. Gefährdete weisen Sozialhilfeempfängern mit Abstand mehr Schuld an ihrer Lage zu als die anderen Deprivationsgruppen ( $F(3,151) = 3.636, p < .05$ ). Hingegen fallen Desintegrierte durch besondere Ausländerfeindlichkeit auf. Ausländer stehen als potentiell gar nicht Dazugehörige auf einer noch niedrigeren Stufe als jene, die zwar depriviert sind, aber immer noch unzweifelhaft zur deutschen Gesellschaft gehören.

Eine umfassende Analyse von desintegrativen Dynamiken sollte u. E. nicht allein Statusgruppen innerhalb der Mehrheitsgesellschaft

(z. B. erfaßt über den Arbeitsstatus) einbeziehen, sondern auch bislang als „Sonderfall“ gehandelte schwache Gruppen wie Sozialhilfeempfänger und Ausländer, in ein Verständnis des Kampfes um den sozialen Status, um ‚Oben‘ und ‚Drinnen‘, einbeziehen.

#### *6.4 Hartz IV als Symbol des sozialen Abstiegs*

Hartz-IV gilt als Symbol sozialen Abstiegs. Mit Zusammenlegung von Arbeitslosen- und Sozialhilfe wird gewissermaßen eine Stufe aus der sozialen Leiter herausgebrochen. Von Arbeitslosigkeit Betroffene sehen sich unversehens ganz unten auf der sozialen Leiter, gleichgestellt mit Sozialhilfeempfängern. Bis dato konnten sich Arbeitslose immer noch insofern als gesellschaftlich integriert verstehen, als daß die Zugehörigkeit zur Gruppe der Arbeitssuchenden scheinbar nur vorübergehend war. Hartz IV symbolisiert dagegen eine Herabstufung auf nahezu die unterste Statusposition, von der aus eine Reintegration um so schwieriger erscheint, und mithin auch einen Verlust an Selbstwert. Auch einige der Noch-Integrierten, die um ihren Arbeitsplatz fürchten, sehen nun ihren sozialen Status nicht nur gefährdet, sondern befürchten stufenlos ganz nach unten abzurutschen. Hinzu kommt, daß die Reform verspricht, zukünftig die Menschen nicht mehr allein aufgrund erworbener Ansprüche, sondern nach ihrer Leistungsbereitschaft zu bewerten. Auch dies gefährdet den sicheren und vergleichsweise besseren Platz auf der sozialen Leiter. Lassen sich die Hartz-Reformen also individuell als Maßnahme zur Integration verstehen, werden sie kollektiv als Desintegrationsinstrument interpretiert.

Dabei ist zu bedenken, daß der Protest, der selbst soziale Ungleichheit eher hervortreten läßt und potentielle Abwertung akzentuiert, nicht deren Lösung ist. Kelly (1993) postuliert hier in ihrem Modell kollektiver Handlung einen Rückkopplungseffekt: Die Teilnahme an kollektiver Handlung wie dem sozialen Protest erhöhe die wahrgenommene Statusungleichheit und beeinflusse die Selbstkategorisierung als Ingroup-Mitglied, in diesem Fall als von Desintegration Betroffener oder Bedrohter.<sup>13</sup> Die Teilnahme am Protest macht

---

<sup>13</sup> Kelly (1993) hat in ihrem Modell die Bedeutung des Einflusses der Referenzgruppe entsprechend betont. Der Einfluß der Referenzgruppe spiegelt sich in unserer Annahme des Einflusses von Propaganda seitens Eliten und Medien, die

dementsprechend unzufriedener, nicht zufriedener. Das könnte die relativ verbreitete Aufkündigung der Partizipation am etablierten System erklären, sowie Phänomene wie den Anstieg an Nicht-Wählern bei den Landtagswahlen 2004.

Die hier vorgestellten Analysen unterstreichen noch einmal, wie wichtig es ist, faktisch präkäre Lagen und subjektive Besorgtheit klar auseinander zu halten, wie es u. E. nicht immer mit der ausreichenden Sorgfalt getan wird. Nur eine genaue Diagnose kann auch angemessene Interventionen, d. h. in diesem Fall politisches Handeln, nach sich ziehen. Verunsicherungen müssen ernst genommen werden, doch sollten sie nicht als Beschreibung einer tatsächlichen Lage mißverstanden werden. Dies hilft weder denen, die sich verunsichert fühlen, noch wird es denen gerecht, die sich tatsächlich in einer schwierigen sozialen Situation befinden. Umgekehrt können aber auch nur so zum einen unangemessene Forderungen und der Versuch, liebgewonnene Pfründe zu sichern zurückgewiesen werden, zum anderen politische Propaganda als unzutreffende Vereinfachung der Verhältnisse entlarvt werden. Populistische Aussagen von Rechts wie von Links stoßen in die Lücke zwischen objektiv und subjektiv, indem sie je nach politischer Couleur gefärbte Interpretationen objektiver Lagen anbieten. Verunsicherungen müssen also auch deshalb ernst genommen werden, weil hierin Potential für Populismus steckt.

Ist die Abwertung von schwächeren Gruppen bislang zwar als eine mögliche Konsequenz von desintegrativen Prozessen bzw. von relativer Deprivation untersucht worden, und wurden sie auch in anderen Beiträgen als Kernbestandteil von (Rechts-)Populismus erkannt, so fehlt bislang die theoretische Integration des Populismus in desintegrations- bzw. deprivationstheoretische Ansätze. Dies sollte auch unter dem Blickwinkel einer möglichen populistischen Ausschlachtung subjektiver Deprivation als statussichernde Maßnahme geschehen, die sich leicht mit einer Abwertung und Ausgrenzung anderer verbindet.

---

wiederum durch die Referenzgruppe weitergetragen werden kann und schließlich als breites Meinungsklima Raum greift.

## Literatur

- Anhut, Reimund/Heitmeyer, Wilhelm (2000): Desintegration, Konflikt und Ethnisierung: Eine Problemanalyse und theoretische Rahmenkonzeption, in: Heitmeyer, Wilhelm/Anhut, Reimund (Hrsg.): *Bedrohte Stadtgesellschaft*. Weinheim: Juventa, S. 17-75.
- Birsl, Ursula/Lösche, Peter (2001): (Neo-)Populismus in der deutschen Parteienlandschaft. Oder: Erosion der politischen Mitte, in: Loch, Dietmar/Heitmeyer, Wilhelm (Hrsg.): *Schattenseiten der Globalisierung*. Frankfurt a. M.: Suhrkamp, S. 167-185.
- Bundesagentur für Arbeit (2004): *Die Entwicklung des Arbeitsmarktes im Jahr 2005*. IAB-Kurzbericht. Aktuelle Analysen aus dem Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung der Bundesagentur für Arbeit, S. 17.
- Decker, Frank (2000): *Parteien unter Druck. Der neue Rechtspopulismus in den westlichen Demokratien*. Opladen: Leske und Budrich.
- Decker, Frank (2005): *Vom Rechts- zum Linkspopulismus – und wieder zurück*. Berliner Republik, 6, 4, S. 20-23.
- De Weerd, Yves/de Witte, Hans/Castellani, Patrizia/Milesi, Patrizia (2004): *Turning right? Socio-economic Change and the Receptiveness of European Workers to the Extreme Right*. Vienna: Riegelnik.
- Dörre, Klaus: (2003): *Rechte Orientierungen unter Lohnabhängigen. Ursachen, Auswirkungen, Gegenstrategien*, in: Demirovic, Alex/Beerhorst, Joachim/Guggemos, Michael (Hrsg.): *Eingriffe denken. Aktualität und Perspektiven kritischer Theorie im gesellschaftlichen Strukturwandel*. Frankfurt a. M.: Suhrkamp, S. 289-317.
- Fichter, M./Stöss, R./Zeuner, B. (2005): *Ausgewählte Ergebnisse des Forschungsprojektes Gewerkschaften und Rechtsextremismus*. Einblick 12/05, S. 1-13.
- Forschungsgruppe Wahlen (2004): *Landtagswahlen in Sachsen und Brandenburg: NPD und DVU*. ([http://www.forschungsgruppe.de/Ergebnisse/Wahlanalysen/Newsletter\\_NPD\\_DVU.pdf](http://www.forschungsgruppe.de/Ergebnisse/Wahlanalysen/Newsletter_NPD_DVU.pdf), 18.10.2005)
- Gurr, Ted R. (1970): *Why men rebel*. Princeton, New Jersey: Princeton University Press.
- Heitmeyer, Wilhelm (2005): *Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit. Gesellschaftliche Zustände und Reaktionen in der Bevölkerung aus 2002 bis 2005*, in: Heitmeyer, Wilhelm (Hrsg.): *Deutsche Zustände*. Folge 3. Frankfurt a. M.: Suhrkamp.
- Heitmeyer, Wilhelm (2002) (Hrsg.): *Deutsche Zustände*. Folge 1. Frankfurt a. M.: Suhrkamp.
- Hartleb, Florian (2005): *Rechtspopulistische Parteien*, in: Konrad-Adenauer-Stiftung (Hrsg.): *Arbeitspapier/Dokumentation*, 143/2005.
- Häussler, Alexander (2003): *Populismus als politischer Zeitgeist*. Antifa-Infoblatt, 59, S. 25-27.
- Hennig, Eike (1994): *Politische Unzufriedenheit - ein Resonanzboden für Rechtsextremismus?* in: Kowalsky, Wolfgang/Schroeder, Wolfgang (Hrsg.): *Rechtsextremismus. Einführung und Forschungsbilanz*. Opladen: Westdeutscher Verlag, S. 339-380.

- Hentges, Gudrun/Meyer, Malte-Henning/Flecker, Jörg/Kirschhofer, Sabine/Thoft, Eva/Grinderslev, Edvin/Balazs, Gabrielle (2003): The abandoned worker. Socio-economic Change and the Attraction of Right-wing Populism. Vienna: Riegelnik.
- Kailitz, Steffen (2005): Rechtsextremismus in der Bundesrepublik. Auf dem Weg zur „Volksfront“? Hrsg. Von der Konrad-Adenauer-Stiftung in der Reihe Zukunftsforum Politik. Sankt Augustin. ([http://www.kas.de/db\\_files/dokumente/zukunftsforum\\_politik/7\\_dokument\\_dok\\_pdf\\_6368\\_1.pdf](http://www.kas.de/db_files/dokumente/zukunftsforum_politik/7_dokument_dok_pdf_6368_1.pdf), 27.10.2005)
- Kelly, C. (1993): Group identification, intergroup perceptions and collective actions, in: Stroebe, Wolfgang/Hewstone, Miles (Hrsg.): European Review of Social Psychology. Vol. 4. Chichester: Wiley and Sons, pp. 59-83.
- Küpper, Beate/Zick Andreas (2005): Rechtspopulistische Einstellungen. Arbeitsbericht zum GMF-Survey, 4. Institut für interdisziplinäre Konflikt- und Gewaltforschung, Universität Bielefeld.
- Mansel, Jürgen/Heitmeyer, Wilhelm (2005): Spaltung der Gesellschaft. Die negativen Auswirkungen auf das Zusammenleben, in: Heitmeyer, Wilhelm (Hrsg.): Deutsche Zustände. Folge 3. Frankfurt a. M.: Suhrkamp.
- Rucht, Dieter (2004): Wer demonstriert gegen Hartz IV? Befragung am 13. September in vier Städten. WZB-Mitteilungen, 106, S. 51-53.
- Schaefer, Dagmar/Mansel, Jürgen/Heitmeyer, Wilhelm (2002): Rechtspopulistisches Potential. Die „saubere Mitte“ als Problem, in: Heitmeyer, Wilhelm (Hrsg.): Deutsche Zustände. Folge 1. Frankfurt a. M.: Suhrkamp, S. 123-135.
- Statistisches Bundesamt (2004): Datenreport 2004.
- Vanneman, Reeve D./Pettigrew, Thomas F. (1972): Race and Relative Deprivation in the Urban United States. Race, 13, pp. 461-486.
- Welt am Sonntag (6.2.2005): Stoiber macht Schröder für Erstarren der NPD verantwortlich, S. 1 u. 6.
- Werz, Nikolaus (Hrsg.) (2003): Populisten in Übersee und Europa. Opladen: Leske und Budrich.
- Zick, Andreas (1997): Vorurteile und Rassismus. Eine sozialpsychologische Analyse. Münster: Waxmann.

### *Die Autoren*

Dr. Beate Küpper, Universität Bielefeld, Institut für interdisziplinäre Konflikt- und Gewaltforschung, Universitätsstr. 25, 33615 Bielefeld, [beate.kuepper@uni-bielefeld.de](mailto:beate.kuepper@uni-bielefeld.de)

Dr. Andreas Zick, Universität Bielefeld, Institut für interdisziplinäre Konflikt- und Gewaltforschung, Universitätsstr. 25, 33615 Bielefeld, [andreas.zick@uni-bielefeld.de](mailto:andreas.zick@uni-bielefeld.de)

Alexandra Kühn, Universität Bielefeld, Institut für interdisziplinäre Konflikt- und Gewaltforschung, Universitätsstr. 25, 33615 Bielefeld, [alexandra.kuehn@uni-bielefeld.de](mailto:alexandra.kuehn@uni-bielefeld.de)

**Journal für Konflikt- und Gewaltforschung (JKG),  
7. Jg., Heft 2/2005**

**Journal of Conflict and Violence Research,  
Vol. 7, 2/2005**

*Herausgeber:*

Institut für interdisziplinäre Konflikt- und Gewaltforschung der Universität Bielefeld (Vorstand: Günter Albrecht, Britta Bannenberg, Joachim Brüß, Rainer Dollase, Wilhelm Heitmeyer, Jürgen Mansel, Alexandra Kühn)

*Wissenschaftlicher Beirat:*

Jens Dangschat (Wien), Manuel Eisner (Cambridge), Hartmut Esser (Mannheim), Friedrich Heckmann (Bamberg), Hans-Gerd Jaschke (Münster), Wolfgang Kühnel (Berlin), Alf Lüdtke (Erfurt/Göttingen), Amélie Mummendey (Jena), Gertrud Nunner-Winkler (München), Karl F. Schumann (Bremen), Helmut Thome (Halle), Michael Vester (Hannover), Peter Waldmann (Augsburg)

*Redaktion:*

Wilhelm Heitmeyer, Peter Imbusch (Marburg), Beate Küpper, Kurt Salentin (verantwortlich), Peter Sitzer, Gisela Wiebke, Stefanie Würtz (München)

*Cover:*

Doris Voss, Audiovisuelles Zentrum der Universität Bielefeld

*Gesamtherstellung:*

Druckerei Hans Gieselmann,  
Bielefeld

*Aboverwaltung/Rechnungswesen:*

Sabine Passon, Tel.: 0521/106-3163

*Anschrift der Redaktion:*

Institut für interdisziplinäre Konflikt- und Gewaltforschung der Universität Bielefeld, Universitätsstr. 25, 33615 Bielefeld, Tel.: 0521/106-3163; Fax: 0521/106-6415; E-Mail: [ikg@uni-bielefeld.de](mailto:ikg@uni-bielefeld.de)

*Erscheinungsweise:*

Zweimal jährlich (15. April und 15. Oktober)

*Bezugsbedingungen:*

Jahresabonnement: € 20 (ermäßigt für Studierende und Erwerbslose: € 15); Einzelhefte: € 12,50 (ermäßigt € 7,50). Preise jeweils zzgl. Versandkosten. Schriftliche Bestellungen bitte an die Redaktionsanschrift oder an den Buchhandel (ISSN 1438-9444).

Das „Journal für Konflikt- und Gewaltforschung“ wird für folgende Referateorgane ausgewertet: SOLIS, Sociological Abstracts, Social Services Abstracts, Worldwide Political Science Abstracts und Linguistics and Language Behavior Abstracts.

<b>Letter from the editors and call for papers</b>	<b>4</b>
<b>Analysen</b>	
<i>Roland Eckert</i> Culture or Conflict? Escalation toward Terrorism	<b>6</b>
<i>Gideon Fishman and Gustavo Mesch</i> Acculturation, and Delinquency among Adolescent Immigrants from the Former Soviet Union (FSU) in Israel	<b>14</b>
<i>Thorsten Bonacker</i> Exklusion als Macht. Zu den Bedingungen der Konfliktträchtigkeit sozialer Ausgrenzung	<b>41</b>
<i>Ulrike Pörnbacher</i> Jugendliche und die narrative Konstruktion ihrer (Ohn)Macht	<b>68</b>
<i>Nonna Mayer</i> Transformations in French anti-Semitism	<b>91</b>
<i>Beate Küpper, Andreas Zick und Alexandra Kühn</i> Sozialer Protest zwischen Deprivation und Populismus. Eine Untersuchung zu den Hartz IV-Demonstrationen	<b>105</b>
<b>Summaries</b>	<b>141</b>
<b>Rezensionen</b>	
Tore Bjørge (Ed.): Root Causes of Terrorism. Myths, Reality and Ways Forward, London/New York: Routledge, 2005. ( <i>Peter Imbusch</i> )	<b>146</b>
Karl Weilbach: Aktionsmacht Amok. Eine kriminologische Fallstudie, Münster: Lit, 2004. ( <i>Peter Sitzer</i> )	<b>151</b>
<b>Hinweise für Autorinnen und Autoren</b>	<b>156</b>